

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Ossip K. Flechtheim
Haben die Parteien noch
eine Zukunft?

Schlomo Na'aman
Jüdische und israelische
Gesellschaftsstrukturen
in ihrer
europäischen Verbundenheit

Peter Hüttenberger
Politische Kultur
und politische Entwicklung

B 1/74

5. Januar 1974

O s s i p K. F l e c h t h e i m , Prof., Dr. Dr., geboren 1909 in Nikolajew (Rußland), Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Freiburg/Br., Paris, Heidelberg, Berlin und Köln; Dr. iur. 1931, bis 1933 Referendar; 1933 Entlassung aus politischen und „rassischen“ Gründen, 1935 Verhaftung und Emigration; 1935 bis 1939 Studium in Genf; 1939 bis 1946, 1947 bis 1951 Dozent und Professor an verschiedenen amerikanischen Hochschulen; 1946/47 Sektionschef beim US-Hauptankläger für Kriegsverbrechen in Nürnberg; 1947 Dr. phil. in Heidelberg; 1952 bis 1959 Professor an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, 1954 bis 1955 Gastprofessor an der University of Kansas City; 1959 außerordentlicher, seit 1961 ordentlicher Professor für die Wissenschaft von der Politik an der Freien Universität Berlin (Otto-Suhr-Institut).

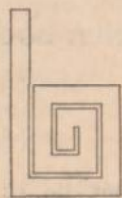
Veröffentlichungen u. a.: Die KPD in der Weimarer Republik, 1971²; Dokumente zur parteipol. Entwicklung in Deutschland seit 1945, bisher 9 Bde., 1962—1971; Eine Welt oder keine?, 1964; Weltkommunismus im Wandel, 1965; History and Futurology, 1966; Westdeutschland am Wendepunkt, 1968; Futurologie — Der Kampf um die Zukunft, 1971².

D r. S c h l o m o N a ' a m a n , o. Professor für Sozialgeschichte, Mittelalter und Neuzeit an der Universität Tel Aviv, geb. 1912; deutsches Abitur 1932; im gleichen Jahr nach Palästina; Hebrew Teachers' College und Universität Jerusalem (B. A., M. A., Ph. D.); Gymnasiallehrer.

Veröffentlichungen (hebr. und deutsch): Sozialgeschichte des frühen Mittelalters; Monographien zur Geschichte der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts; Lassalle-Biographie; in Vorbereitung: Dokumentation und Darstellung zur Gründung der deutschen Arbeiterbewegung.

P e t e r H ü t t e n b e r g e r , Dr. phil., Privatdozent (Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte) an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Lehrbeauftragter an der Universität Düsseldorf, geb. 15. 7. 1938 in Bad Kreuznach.

Veröffentlichungen u. a.: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969; Entwicklung und Gestalt der parlamentarischen Demokratie in Nordrhein-Westfalen, Siegburg 1973; Zur Technik der zeitgeschichtlichen Befragung, in: Der Archivar, H. 2, Mai 1969; Die SED — eine Staatspartei?, in: Gegenwartskunde, 1973; Methoden und Ziele der französischen Besatzungspolitik nach dem I. Weltkrieg, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 1972; Das personelle Bild des Landtags, in: Mensch und Staat in NRW, Düsseldorf 1971; Nordrhein-Westfalen, Beitrag im Territorien-Ploetz, Bd. II, Würzburg 1971.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preise von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Haben die Parteien noch eine Zukunft?

Die Frage nach der Zukunft der politischen Partei ist bereits im vorigen Jahrhundert radikal von zwei sehr unterschiedlichen Denkern gestellt worden — sowohl von Karl Marx wie von Constantin Frantz. Zum letzteren wird noch ganz kurz etwas zu sagen sein.

Über Marx im allgemeinen ist hier kein Wort zu verlieren, dagegen ist seine Konzeption von der Rolle der Partei anzudeuten. Die Partei ist für Marx das Kampf- und Machtmittel der jeweiligen Klasse und ihrer Untergliederungen. Daher tritt den konservativen, liberalen usw. Parteien, d. h. den Parteien der bürgerlichen Klasse, die kommunistische bzw. sozialdemokratische Partei der proletarischen Klasse als Todfeind gegenüber. Nicht zuletzt auch dank der Organisation und Strategie seiner Partei besiegt das Proletariat im welthistorisch letzten Klassenkampf die Bourgeoisie. In und mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats wird die Arbeiterpartei zur proletarischen Staatspartei so wie der Staat zum sozialistischen Parteistaat wird. Beide, der neue Parteistaat wie die neue Staatspartei, stellen für Marx aber nichts anderes dar als ein ganz kurzfristiges Provisorium: Im Verlauf der permanenten proletarischen Revolution stirbt der Arbeiterstaat alsbald ebenso ab wie sich die Arbeiterpartei aufhebt. So schlägt die proletarische Diktatur über Nacht um in eine staats- und parteilose anarchische Assoziation, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.

Marx und Engels (ebenso wie aber auch noch Luxemburg und Lenin!) zweifelten keinen Augenblick daran, daß dieser „Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ im Weltmaßstabe vor sich gehen würde. Natürlich würden damit die Einzelstaaten verschwinden — im Verlauf der Weltrevolution tritt die geeinte Menschheit

an deren Platz. Naturnotwendig nimmt alsbald eine klassenlose Weltgesellschaft und herrschaftsfreie Weltgemeinschaft Gestalt an.

Der katholische Föderalist und Bismarckgegner Constantin Frantz ist von Cosima Wagner „ein berühmter Unberühmter“ genannt worden¹⁾. Er hatte zweifellos unvergleichlich viel weniger Ausstrahlungskraft als seine Zeitgenossen Marx und Engels — er, der sich selber

Schlomo Na'aman

Jüdische und israelische Gesellschaftsstrukturen in ihrer europäischen Verbundenheit S. 15

Peter Hüttenberger

Politische Kultur und politische Entwicklung S. 21

einen „Idealrealisten“ nannte, war auch erheblich nüchterner und vorsichtiger als die beiden Sozialisten. Alle drei waren jedoch durchaus zukunftsbezogene, futurologisch orientierte Denker. Gerade in der Frage nach der Zukunft der Parteien ergeben sich zudem erstaunliche Analogien zwischen ihnen.

Frantz unterschied im Blick auf die Zukunft zwischen alten und neuen Parteien. Zu den alten rechnete er nicht nur die Konservativen, sondern auch die Liberalen — „alt war für ihn alle Politik, die nicht die Kraft und den Mut aufbrachte, in ihr Programm über den nationalen Bereich und über die nächste

¹⁾ E. Stamm, Ein berühmter Unberühmter — Neue Studie über Constantin Frantz und den Föderalismus, Konstanz 1948, S. 14.

Gegenwart hinausgreifende Ziele aufzunehmen" ²⁾). Neue, zukunfts-gestaltende Politik zielte seiner Meinung nach auf „die großen gemeinsamen Anliegen der Menschheit, Völkerverständigung bis zu einer in Stufen realisierbaren Föderation" ³⁾). Als neue Parteien erkannte Frantz ⁴⁾ das katholische Zentrum und die Sozialdemokratie an, gehörten sie doch der „schwarzen" bzw. „roten Internationale" an und hatten sich damit der Menschheitsidee ganz anders genähert als die alten Parteien. Freilich waren auch sie ihm noch zu einseitig: Das Zentrum überbewertete das Geistig-Religiöse, die Sozialdemokratie das Materielle. Diese Mängel sollte eine ganz neue föderalistische „Partei der Zukunft" überwinden.

Bei allen Gegensätzen sind sich Marx und Frantz in einem doch einig: Die überlieferten politischen Parteien sind unauflöslich verquickt mit dem Aufkommen und der Existenz des Klassen- und Einzelstaates. Immer wieder haben sich die Parteien in den Staat integriert, sei dieser National- oder Nationalitätenstaat, Bundesstaat oder Einheitsstaat, Kleinstaat oder Weltmacht. Auch der Versuch von Parteien, sich international zusammenzuschließen, konnte hieran wenig ändern. Frantz ⁵⁾ hat bereits 1878 von einer „dreifachen Internationale", der schwarzen, roten und goldenen, gesprochen. 75 Jahre später verweist Walter Dirks ⁶⁾ auf die christlich-demokratische Internationale mit ihren Equipes Internationales, um aber zuzugeben: „Diese Internationale ist keine einheitliche Kraft". Daran hat sich wohl in den letzten zwanzig Jahren kaum etwas geändert. Auch heute

noch sind die christlichen Parteien West- und Mitteleuropas keine einheitliche politische Kraft, die die großen Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte, die kontinentaler und sogar globaler Natur sind, zu meistern vermöchte. Und das gilt wohl auch für den losen Zusammenschluß der liberalen Parteien. Auch diese gehen in allen entscheidenden Fragen ihre eigenen — nationalen — Wege, ähnlich wie die christlichen und sozialistischen Parteien.

Man mag sich darüber wundern: Auch die sogenannte rote Internationale ist nicht zu einer echten Weltorganisation auf Dauer geworden. Die 1864 von Marx mitbegründete Erste Internationale überlebte kaum das Ende der Pariser Kommune. Die sozialdemokratische Zweite Internationale brach beim Beginn des Ersten Weltkrieges zusammen. Als Sozialistische Arbeiterinternationale wurde sie 1923 wiederbegründet; sie lebt zwar heute in der Sozialistischen Internationale fort, aber diese ist auch nicht viel mehr als ein diplomatisches Forum für regelmäßige Zusammenkünfte sozialdemokratischer Führer, die wohlklingende und wohlgemeinte Erklärungen abgeben, auch wenn sie sich nur auf diese zu einigen vermögen. Aber auch auf dem revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung sieht es nicht viel anders aus. Die linkssozialistische sogenannte Internationale Zweieinhalb dauerte ganze zwei Jahre — von 1921 bis 1923. Die in Moskau 1919 begründete Dritte Internationale glaubte bei ihrer Gründung, sie würde als Generalstab der Weltrevolution das Weltproletariat in wenigen Jahren zum Siege führen. Nach einer Kette von Mißerfolgen wurde sie von Stalin 1943 seinen Bundesgenossen zuliebe sogar offiziell aufgelöst. Über das Kominform oder die trotzkistische Vierte Internationale brauchen wir nicht viele Worte zu verlieren.

Heute sind die kommunistischen Parteien entweder offen und ehrlich wieder zu nationalen Staatsparteien geworden, wie etwa die KP Chinas, Rumäniens oder Jugoslawiens. Aber

¹⁾ In: Ilse Hartmann (Hg.), Constantin Frantz — Der Föderalismus als universale Idee, Berlin 1948, S. 52.

²⁾ Ebd.

³⁾ Der Untergang der alten Parteien und die Partei der Zukunft, hier zit. nach Hartmann, a. a. O., S. 332 ff.

⁴⁾ Ebd., S. 335.

⁵⁾ Die Christliche Demokratie in der Deutschen Bundesrepublik, in: Frankfurter Hefte, Jg. 8, 1953, S. 671.

auch die KPI ist als Massenpartei vor allem italienisch. Daneben gibt es nur noch Hegemonialparteien eines Machtblocks oder Imperiums wie die KPdSU oder Satellitenparteien wie die KPC, SED oder DKP. Christliche Studenten diskutieren die Möglichkeiten für eine „Europäische Demokratische Partei“^{6a)} — die Zusammenarbeit der verschiedenen sozialdemokratischen, liberalen usw. Parteien im Rahmen des Europarates oder der EG ist bisher nicht sehr weit gediehen. Eine Splitterpartei wie die Europäische Föderalistische Partei konnte bei den letzten Bundestagswahlen ganze 24 000 Zweitstimmen erzielen.

Der nationalstaatliche Wesenszug der Parteien wird schon deutlich, wenn man ihrem Ursprung nachgeht. Vereinfachend läßt sich feststellen, daß die moderne Partei zwei Vorläufer kennt: einmal die oligarchische Parlamentsgruppe oder Honoratiorenclique, das andere Mal die religiöse, soziale oder politische Massenbewegung. Während sich jene mit der Erweiterung des Wahlrechts mehr und mehr demokratisiert und schließlich zur modernen „Volkspartei“ wird, institutionalisiert sich umgekehrt die Bewegung, so daß aus dieser die durchorganisierte Massenpartei des modernen Klassenstaates entsteht.

Während nun in England schon nach der Revolution von 1689 die von den verschiedenen Parlamentsgruppen vertretenen Interessen der Fraktionen des Adels und der Gentry nicht in einem radikalen Gegensatz zu einander standen, ging auf dem Kontinent die Parteibildung von den Thron und Altar schärfer bekämpfenden Gruppierungen des liberalen Bürgertums im 19. Jahrhundert aus. Die rechten konservativen Parteien entstehen hier überhaupt erst in Reaktion auf die Bildung linker liberaler Oppositionsparteien. In einem späteren Stadium kommen dann die noch radikaleren Massenparteien hinzu, die aus den bäuerlichen, kleinbürgerlichen und vor allem proletarischen Bewegungen herauswachsen.

^{6a)} Artikel Teilnahme abgelehnt, in: Der Tagespiegel vom 28. 7. 1973, S. 2.

Die Macht der Rechten im Einzelstaat beruht nun nicht so sehr auf ihren Parteien als vielmehr auf einer ganzen Reihe anderer etablierter Institutionen wie Krone und Kirche, Adel und Grundbesitz, Heer und Bürokratie. Die Linke ist dagegen erheblich stärker auf die politische Partei angewiesen, will sie sich durchsetzen, Reformen verwirklichen, den Status quo einer Klassengesellschaft demokratisieren. Wie M. Duverger⁷⁾ richtig sah, hatte daher ganz natürlich die Linke stets für die Partei viel mehr übrig als die Rechte. Typisch hierfür ist etwa das Loblied eines so radikal demokratischen Dichters wie Herwegh:

„Parteil Parteil Wer sollte sie nicht nehmen,
Die doch die Mutter aller Siege war! . . .
Ich hab' gewählt, ich habe mich entschieden,
Und meinen Lorbeer flechte die Partei!“

Kein Wunder, daß die Kommunisten als linke „Traditionalisten“ schließlich ihre Partei vergottet haben. So spricht Wladimir Majakowski von der Partei als „Rückgrat der Arbeiterklasse“, „Unsterblichkeit unserer Sendung“, „einzige Gewähr der Vollendung“. Und für Bert Brecht hat die Partei „tausend Augen“ und „viele Stunden“, sie „kann nie vernichtet werden“.

Als Reaktion auf die Verabsolutierung der Einparteiherrschaft und ihrer Führer durch die Kommunisten (wie am anderen Extrem auch durch die Faschisten) begann man nun aber auch auf der Linken die totalitäre Partei in Frage zu stellen. Das führte zwar zu einer Aufwertung des — nationalen — Mehrparteiensystems; die ursprüngliche, ungebrochene Bejahung der Partei ließ sich aber doch nicht einfach wiederherstellen.

Mithin ist das Verhältnis zur Partei ähnlich wie zum Einzelstaat heute häufig ein widersprüchliches: Einerseits spürt man, daß der einzelne Staat kaum ohne Parteien auskommen kann. So stimmen Duverger⁸⁾ und W.

⁷⁾ Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 431.
⁸⁾ A. a. O., S. 427 ff.

Grewe⁹⁾, v. d. Gablentz¹⁰⁾ und Flach¹¹⁾ darin überein, daß trotz aller Mängel keine Alternative zum modernen Parteienstaat in Sicht ist: „Wer in der Mitte des 20. Jahrhunderts in Europa Demokratie, also verantwortliche Gesellschaft, will, der muß Parteien wollen“ (O.-H. v. d. Gablentz). Andererseits scheint die Parteiverdrossenheit keineswegs nachzulassen. Konservative Kreise verweisen auf die die nationale Einheit schwächende und den Zwiespalt fördernde Rolle der Partei. Radikale Gegner anarchistischer, syndikalistischer, internationalistischer oder sonstiger antiautoritärer Provenienz werfen insbesondere auch den linken Arbeiterparteien vor, daß diese sich in die bestehende Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung — und zwar in jedem Lande! — integriert und ihre ursprüngliche Konzeption von der Aufhebung des Klassen- und Einzelstaates (und damit letztlich auch der Politik und der Partei selber) aufgegeben oder gar „verraten“ haben. In der Mitte wie auf der Rechten und Linken erinnert man zudem an die Unproduktivität, Unsachlichkeit oder gar Korruptheit einer Politik der Gewaltsamkeit, Doppelbödigkeit und Dummheit. Schon im 17. Jahrhundert hat ja der Kanzler Oxenstierna von dem Mangel an Weisheit gesprochen, mit dem die Welt regiert würde, und heute verweisen Kybernetiker auf die Lernfeindlichkeit von partikularen Institutionen und parochialen Systemen, die vor allem auf Macht und Gewalt nach innen wie aber auch nach außen begründet sind.

Am ernstesten scheint uns aber doch wohl der Einwand, daß so gut wie alle Parteien stets und überall bestenfalls national, nicht

⁹⁾ Die Parteien im deutschen Verfassungsrecht — ihre Bedingungen und Aufgaben; in: Das Parlament, Jg. 3, Nr. 35 vom 2. 9. 1953, hier zit. nach O. K. Flechtheim, Die Deutschen Parteien seit 1945 — Quellen und Auszüge, Berlin und Köln 1955, S. 15 ff.

¹⁰⁾ Politische Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte, Berlin 1952, insbes. S. 25.

¹¹⁾ Parteienstaat, Verbändestaat oder was sonst?; in: liberal, Jg. 5, Heft 3, 1963, S. 3 ff.

aber übernational und global orientiert waren, daß aber die einzelstaatlich begrenzte Partei im letzten Drittel unseres Jahrhunderts ebenso problematisch ist wie der nationale oder imperiale Staat, mit dem sie sich identifiziert.

Dies trifft auch auf die Parteien der Bundesrepublik zu. Ihre Identifizierung mit dem eigenen Staat stellt einen — bisher wenig beachteten — Wesenszug ihrer sogenannten Entideologisierung und Amerikanisierung dar. Insbesondere die sogenannte Entideologisierung ist viel gepriesen worden; man hat in ihr lediglich den Verzicht auf überholte Programme und Utopien sehen wollen. Soweit es sich um den Abbau von Dogmen und Illusionen, um eine echte Versachlichung gehandelt hat, mag sie in der Tat einen begrenzten Stellenwert haben. Es ist aber, um Alfred Grosser zu zitieren, ein Unterschied, „ob keine Ideologie verfochten wird oder von allen dieselbe“. Wir könnten hinzufügen: Die „Ideologie der Ideologielosigkeit“^{11a)}. Indem man sich auf das Hier und Heute einer sozialkapitalistischen Wirtschaft, einer spätbürgerlichen Gesellschaft und des jeweiligen Militär- und Wohlfahrtsstaates begrenzt hat, hat man sicherlich auf jede Form von Utopie, kaum aber auf ideologische Fixierungen im weiteren Sinne des Wortes verzichtet.

Insofern haben sich zunächst auch die westdeutschen Parteien ähnlich wie die vieler anderer Länder in den letzten Jahren aneinander angeglichen. An die Stelle der alten Programm-Parteien sind die Allerweltparteien, an die Stelle der Klassen- die Volksparteien getreten. Im gleichen Zuge sind die Parteien aber auch zu Patronage-, Dienstleistungs- und Quasi-Staatsorganen geworden, die im Zeichen ihrer „Verstaatlichung“ und „Nationalisierung“ jedwede übernationale Orientierung und globale Zielsetzung, soweit sie überhaupt je vorhanden waren, zurückstellen.

^{11a)} Diese bezeichnet jetzt auch Willy Brandt in einer Rede als „schrecklich“ (hier zit. nach der Frankfurter Rundschau vom 6. 9. 1973, S. 12).

Nach den bitteren Erfahrungen der Weimarer Republik wird man wohl verstehen, daß heute unsere Parteien auf dem Boden der Verfassung stehen und damit der gewaltfreien Austragung ihrer Konflikte den Vorzug geben. Übersehen wird hierbei aber doch meist, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland immer noch (oder wieder!) die Verfassung eines mehr oder weniger „souveränen“ Einzelstaates ist. Das findet seinen Ausdruck auch darin, daß sich SPD wie FDP wie CDU/CSU nicht nur zur Demokratie, zur „Sozialen Marktwirtschaft“, sondern auch zur „Landesverteidigung“ bekennen. Sie alle glauben, die wahre Synthese von „Sozial“, „Frei“ und „Christlich“ schon in den eigenen Reihen verwirklicht zu haben. Als „Volksparteien“ wollen FDP und SPD auch die Interessen der Selbständigen und Unternehmer wahrnehmen; andererseits gelingt es der CDU/CSU nach wie vor, erhebliche Teile der Lohnabhängigen — katholische Arbeiter wie protestantische Angestellte und Beamte — zu mobilisieren.

Sind aber CDU und SPD, CSU und FDP wirklich einfach gleichzusetzen? Wie weit die Angleichung und „Konvergenz“ nun auch gegangen sein mögen, so scheint der Trend zur „Anähnelung“ in sein Gegenteil umgeschlagen zu sein. Ein stärkeres Verlangen nach Programmatik und Theorie ist insbesondere auf der Linken zu spüren. Darauf deuten in der SPD die Debatten um das Langzeitprogramm hin, zugleich aber auch die Kritik der Jungen Union und noch stärker die der Jungdemokraten und Jungsozialisten an den Parteiestablishments. Freilich hat sogar die radikalste Kritik am „Spätkapitalismus“ oder an der „Formaldemokratie“ bisher kaum die Einzelstaatlichkeit der Bundesrepublik grundsätzlich in Frage gestellt. Selbst die Linken in der FDP und SPD haben die politische Parzellierung der Welt mit ihren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Auswirkungen noch kaum konkret analysiert. Ein Langzeitprogramm für den politischen und sozio-ökonomischen Neubau der Welt ist noch nicht diskutiert, geschweige denn beschlossen worden. Vielleicht ist auch das ein Symptom

dafür, daß heute ganz anders als gestern die kurz- oder vielleicht auch sogar mittelfristigen Interessen der Lohnabhängigen in einem Industrieland wie der Bundesrepublik nicht einfach identisch sind mit denen der verelendenden Massen in der Dritten Welt.

Immer wieder muß daran erinnert werden, wie sehr sich die Parteipolitik im wesentlichen noch im Rahmen der tradierten Institutionen wie Justiz und Armee, Wirtschaft und Familie, Kirche und Staat abspielt. Keineswegs verschwunden ist auch die von der Vergangenheit geprägte typische Konzentration auf die Tagespolitik, auf das, was man in den USA nicht zufällig etwas abwertend „politics“ nennt, das heißt also Patronage und Personalpolitik, Kuhhandel und Korruption, Borniertheit und Duplizität. Das Eigeninteresse des Parteipolitikers an der Organisation, am Apparat, am „Betrieb“ wirkt eher zugunsten der Bewahrung „privatistischer“ Verhaltensweisen und starrer Strukturen als der Realisierung globaler und dynamischer Zukunftsvorstellungen. Insofern die Partei von heute in aller Regel langfristige Menschheitsinteressen kurzfristigen Sonderwünschen und -vorstellungen unterordnet, ist sie nach wie vor alles andere als eine „Partei der Zukunft“.

Wir haben von dem Trend der modernen Partei gesprochen, zu einem „Quasi-Staatsorgan“ zu werden. Der moderne Wohlfahrts-, Verwaltungs- und Militärstaat erscheint aber immer mehr auch als riesige Bürokratie. Was liegt da näher, als daß die Verschränkung der Partei mit dem Staat sich auch in einer Bürokratisierung insbesondere der großen Parteien auswirkt. Eine Großpartei erinnert heute an ein stattliches Bauwerk. Sie verfügt über viele Stockwerke und Flügel, Höfe und Nebengebäude. Hier stoßen wir auf die Stäbe und Büros, die Archive und Schulen, die Fachgruppen und Unterausschüsse. Hier begegnen wir neben den einfachen Mitgliedern den Aktivisten, Funktionären und Führern, aber auch den Sekretären, Geschäftsführern und anderen „Bürokraten“. Die moderne Partei ist in der Tat ähnlich wie eine Staatsverwal-

tung oder ein Großunternehmen ein Apparat oder, wie man in Amerika sagt, eine „Maschine“.

Die Großpartei von heute ist um so stärker auf einen ausgebauten Parteiapparat von hauptamtlich tätigen Funktionären und Parteibeamten angewiesen, als sie jetzt im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechts nicht nur große Wählermassen erfassen, sondern zudem die widerstrebenden Gruppen und Verbände der modernen Gesellschaft möglichst weitgehend integrieren möchte. In dem Maße, wie die Partei mit dem stets expandierenden modernen Staat zusammenwächst, sucht sie zudem immer neue Bereiche des öffentlichen Lebens zu beeinflussen und mit ihren Anhängern zu besetzen.

Heute begnügen sich die großen Parteien nicht mehr damit, Parlamentarier und Minister, Stadtverordnete und Bürgermeister, Gemeinderäte und Landräte zu stellen. Sie versuchen, ihre Anhänger in der Verwaltung unterzubringen oder die Beamten als Parteimitglieder zu gewinnen. Darüber hinaus gelingt es ihnen aber auch immer mehr, die Anstalten, Körperschaften und Stiftungen, die Verwaltungsräte und Kammern, die Organe der Sozialversicherung, des Rundfunks und sonstiger Kulturgremien paritätisch zu besetzen. Auf die Problematik dieser Entwicklung gerade auch für das Wirken parteiunabhängiger Persönlichkeiten und Gruppen braucht hier nicht eingegangen zu werden.

Besonders bedeutsam ist die ständige Einflußnahme der Parteien auf die öffentliche Meinung ihres Landes. Die Parteien suchen durch zahllose Verlautbarungen verschiedenster Art nicht nur die Presse, den Rundfunk, das Fernsehen und die anderen Massenmedien zu beeinflussen, sie wollen auch die Meinungs- und Willensbildung eines jeden Staatsbürgers — sowohl des einzelnen wie aber auch des Mitglieds eines Verbandes oder einer Gruppe — mitgestalten. Ob man hier im Sprachgebrauch der SED und der DKP von Agitation und Propaganda reden will oder die sich heute in der Bundesrepublik immer mehr

durchsetzenden modernen Formen der Werbung und Reklame meint, ist dabei nicht entscheidend. Diese Massenbeeinflussung erreicht natürlich ihren Höhepunkt in den Wahlkämpfen. Glaubt man von einem zunehmenden Funktionsverlust der Parteien sprechen zu sollen, so bezieht sich dieser auf ihre Rolle als Vehikel der politischen Dynamik — ihre Position als großzügige Lieferanten von Wahlpropaganda ist hiervon quantitativ keineswegs betroffen.

Der Prozeß der Meinungs- und Willensbildung, der Einflußverteilung und Machtverschiebung in der Großpartei ist komplex. In der Regel ist in allen Parteien das Gewicht der Parteiführungen und der hauptamtlichen Funktionäre verhältnismäßig groß. Nicht zufällig hat der Soziologe Roberto Michels sein Gesetz von den oligarchischen Tendenzen im modernen Gruppenleben gerade an Hand der demokratischen Parteien demonstrieren wollen. Immerhin hat es Zeiten gegeben, in denen, wenn schon nicht die große Masse der Mitglieder, eine beachtliche Anzahl von Aktivisten bei der Gestaltung des Programms und der Politik dieser oder jener Partei ein gewichtiges Wort mitgeredet hat. Innerparteiliche Demokratie und Willensbildung von unten nach oben waren insbesondere für sozialistisch-demokratische Massenparteien in Zeiten der Krise oder eines Neubeginns typisch. So haben sich auch in den ersten Jahren nach 1945 in verschiedenen Parteien Stimmung und Meinung der Mitglieder und Funktionäre in dieser oder jener Frage gelegentlich auch gegen erhebliche Widerstände von oben durchgesetzt — in der FDP ebensogut wie in der CSU oder in der DP. Auch in einer Partei, die nach außen hin stets so geschlossen und diszipliniert auftrat wie die SPD, war doch zur Zeit Schumachers und Ollenhauers das Gewicht der unteren Parteiorgane nicht einfach zu ignorieren.

In der einen oder anderen Partei fehlt also das demokratische Element nicht ganz — und doch ist überall ein Trend zur Willensbildung von oben nach unten unverkennbar. In die-

sem Punkt unterscheiden sich die Parteien gar nicht so sehr voneinander. Größer sind da schon die Differenzen bei der Verschränkung von Partei und Staat. Am engsten ist diese natürlich bei einer Staatspartei wie der SED. Aber auch eine scheinbar „ewige“ Regierungspartei wie die CDU/CSU konnte auf Bundesebene viele Parteifunktionen auf Regierungsstellen übertragen. So hat der Parteiführer Adenauer, solange er noch Bundeskanzler war, immer wieder staatliche Amtsträger wie Minister, Staatssekretäre oder Angehörige der Ministerialbürokratie mit wichtigen Parteiaufgaben betraut. Zwar konnte sich die Fraktion, insbesondere aber die Fraktionsführung, gelegentlich mit Erfolg in die Führung der Partei einschalten; die eigentlichen Führungsgremien der Parteiorganisation sind aber kaum funktionsfähig gewesen. Im lokalen und regionalen Bereich haben allerdings auch CDU-Organen oft wichtige Entscheidungen gefällt — die Landesverbände der FDP waren sogar lange Zeit so gut wie selbständig. Bei der SPD haben die Bezirksleitungen die Landespolitik mitgestaltet — von einer Verschränkung mit der Bundesregierung konnte natürlich vor 1969 nicht die Rede sein.

Gerade in Deutschland befürchtet man immer noch, daß, wenn je Streit und Hader bekannt werden sollten, eine solche Publizität das „Image“ einer Partei beeinträchtigen würde. Das Ideal bleibt Geschlossenheit und Einmütigkeit. Freilich ist dieses Vorurteil nicht bei allen Parteien gleich stark. Die Situation bei einer so monolithisch geschlossenen Partei wie der DKP oder SED ist anders als bei einer Partei wie etwa der CSU, wo man die wirklich vorhandenen Gegensätze nicht immer mit Erfolg zu verdecken vermochte; die FDP ist sogar bereit, die immer wieder auftauchende Flügelbildung als ein Lebenselement einer liberalen Partei offen zuzugeben.

Ebenso wie Konflikte in anderen Organisationen weisen auch innerparteiliche Auseinandersetzungen sehr unterschiedliche Erscheinungsformen auf. Die Differenz kann z. B.

mehr persönlicher oder mehr sachlicher Natur sein. So kann man zwischen Kämpfen vor allem um die Besetzung von Positionen in der Partei, die Macht und Einfluß, Prestige und Patronage mit sich bringen, und dem Aufeinanderprall entgegengesetzter programmatischer Standpunkte unterscheiden. Hier geht es oft um Struktur und Funktion der Partei überhaupt: Man will die eine oder andere Linie in mehr oder wichtigen Einzelfragen oder auch im Blick auf die gesamte Strategie und Taktik durchsetzen. Sowohl persönliche wie sachliche Gegensätze können wiederum im direkten Kampf gegeneinander ausgetragen werden, bei dem sich die Gegner gegenseitig zu schwächen oder gar zu vernichten suchen; Differenzen können aber auch zu einer Konkurrenz miteinander um die Gunst von Funktionären oder Mitgliedern, Wählern oder öffentlicher Meinung führen. Diese kann sogar die Form eines echten „Leistungswettbewerbs“ annehmen, der dem „Parteipublikum“ zugute kommt.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen können sich auf verschiedenen Ebenen abspielen. Der Konflikt kann auf die Gegnerschaft einzelner Mitglieder oder weniger lokaler Verbände gegen die Partei oder die Führungsgruppen beschränkt bleiben. Gegen eine immer noch relativ geschlossene Führung kann sich aber auch eine breite Front von „Abweichlern“ formieren; die Opposition kann schließlich auch größere Massen von Funktionären und Mitgliedern mobilisieren; es mag dann zu einem wahren Krieg zwischen größeren Gruppierungen und festen Fraktionen kommen. Jeder innerparteiliche Konflikt kann mit dem Sieg der einen Seite und dem Ausschluß der Unterlegenen enden oder mit einem Kompromiß der Gegner; er kann aber auch zu einer längere Zeit unentschieden schwelenden Parteikrise führen. Nur in diesem Fall dürfte tatsächlich die Gefahr der Schwächung oder gar des Zerfalls der Partei ernst zu nehmen sein; umgekehrt kann eine innerparteiliche Auseinandersetzung, die so oder so relativ rasch gelöst wird, sogar eine Verjüngung und Stärkung, Mobilisierung

und Dynamisierung der Partei zur Folge haben.

Innerparteiliche Kämpfe haben ein unterschiedliches Gewicht in den verschiedenen Parteien. Vereinfachend kann man wohl sagen, daß ideologische oder programmatische Differenzen in Rechtsparteien weniger Gewicht haben als in Linksparteien. Da konservative Parteien eher dazu neigen, die überlieferten Verhältnisse zu bewahren und die Entwicklung ihrer Eigendynamik zu überlassen, werden bei ihnen die Gegensätze häufig eher personal als programmatisch sein. In den Linksparteien, insbesondere in der sozialistischen Bewegung, hat man dagegen Fragen des Programms fast immer sehr ernst genommen, ja sogar gelegentlich geglaubt, eine programmatische Festlegung sei entscheidend, insofern sie den praktischen Kurs der Partei eindeutig bestimmen würde. Freilich mag sogar bei Parteien, die als Linksparteien angetreten sind, das innerparteiliche Leben so sehr erstarrt sein, daß sie sich von den Rechtsparteien auch in dieser Hinsicht kaum noch unterscheiden.

Der Aufbau und die Willensbildung, d. h. die sogenannte Binnenstruktur der heutigen im Einzelstaat operierenden Parteien, tragen das ihre dazu bei, die Tendenz der Entfremdung der Parteien von den globalen und epochalen Problemen von heute und morgen zu verstärken. Gerade hier stoßen wir auf das, was wir mit dem Begriff „politics“ im Sinne von traditioneller Parteipolitik angedeutet haben. Politics als machtorientierte Personalpolitik ist Ausdruck eines fehlerhaften Kreislaufes, der durch diesen wiederum verstärkt wird. Solange sich die so verstandene Politik auf der Ebene antagonistischer Einheiten wie der Staaten oder Parteien abspielt, verleitet diese Form des Kampfes zwischen den Staaten, Parteien, Fraktionen usw. die Machthaber immer wieder dazu, ihre Herrschaft auch gegenüber ihren eigenen Wählern, Parteimitgliedern usw. zu stabilisieren oder gar zu maximieren. In einer solchen Kampfsituation wird die Macht selber zu einer unheimlichen und selbständigen Größe, die in ihrer Entfremdung die

gewaltfreie und global orientierte Lösung der Konflikte erschwert. Das Fehlen effektiver und weltweiter Institutionen und Strategien, planetarischer Prognosen und Planungen verführt dazu, daß jede Machtgruppe ihre Macht eifersüchtig hütet und die Initiative zum Machtabbau den anderen zuschiebt. Es ist also immer wieder der andere, der möglichst viele Zugeständnisse an die eigenen parteilichen Interessen und parochialen Vorurteile machen soll. Das ist im Prinzip das gleiche Spiel, ob es sich nun innerhalb der Parteien, der Staaten oder gar zwischen diesen abspielt. Dieser fehlerhafte Kreislauf ist natürlich nur schwer zu durchbrechen.

Sehen wir einmal von einigen relativ kleinen und wenig aussichtsreichen abstrakt-utopisch ausgerichteten revolutionären Gruppen ab, so geht es ja in allen größeren Parteien immer wieder um die Durchsetzung der unmittelbaren Partikularinteressen der Unternehmer, Angestellten oder Arbeiter, der Produzenten oder Konsumenten, und zwar in den Grenzen der bestehenden Wirtschafts- und Staatsordnung. Selbstverständlich fallen dabei die Interessen der Mächtigen und Besitzenden besonders stark ins Gewicht. Es ist deren Haltung, Mentalität und Ideologie, die die Politik der Parteien weitgehend begrenzt und bestimmt. Daß die oberen Zehntausend in der Regel an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert sind, daß es ihnen besonders schwer fällt, den Sinn weitreichender Innovationen zu verstehen, wenn diese eine Umverteilung von Macht, Besitz und Bildung zur Folge haben, dürfte einleuchten. Daß sie dabei als Menschen und Weltbürger auf längere Sicht gesehen doch von der Neuordnung Nutzen ziehen sollten, ist oft einfach nicht einsichtig zu machen. Es wäre aber illusionär anzunehmen, die sogenannten Unterprivilegierten hätten automatisch das richtige Bewußtsein von den umfassenden langfristigen Interessen ihrer selbst oder gar der Menschheit. Dem wirkt schon auch bei den Benachteiligten ein uralter psychologischer Mechanismus entgegen, der bewirkt, daß allzu häufig Unterdrückung und Ausbeutung von oben

als Aggression nach unten oder außen abregiert werden können und werden. Das ist sicherlich ein wesentlicher Grund dafür, daß die Massen so oft bereit sind, die Privilegien der beati possedentes hinzunehmen und sogar in deren Fußstapfen zu treten. Diese Bereitschaft ist um so größer, je mehr sie immer noch zu verlieren haben und je stärker sie sich folglich zu Recht oder zu Unrecht von anderen — Staaten, Schichten, Parteien usw. — bedroht fühlen.

Gerade heute ist aber nun die Masse der Lohnabhängigen selber in der Bundesrepublik wie in den anderen Industriestaaten durchaus privilegiert gegenüber den Milliarden Massen in der Dritten Welt — ein Grund mehr, sich immer wieder mit den Privilegierten zu identifizieren. In anderen Worten: Der Durchschnittsmensch wird nicht so sehr durch gründliche Kenntnisse, rationale Überlegungen oder umfassende Erfahrungen motiviert, als durch enge Interessen und uralte Vorurteile, unbewußte Antriebe und fixierte Charakterstrukturen. Woher sollten die meisten auch die Zeit und Muße nehmen, umfassend und objektiv zu denken, so lange sie vor allem für sich selber und ihre Familien arbeiten müssen? Solange der Durchschnitt der Menschen ganz von der Sorge für das Heute und Hier erfüllt ist, werden sich allzu viele die meiste Zeit nur recht oberflächlich und gelegentlich für öffentliche Angelegenheiten, die den einzelnen nicht unmittelbar berühren, interessieren. Schließlich qualifizieren auch Ausbildung und Bildung den „Normalbürger“ kaum dazu, sich intensiv mit jenen komplexen Fragen auseinanderzusetzen, die räumlich und zeitlich weiter weg liegen. „Nur wenige denken weit voraus in die Zukunft von einem globalen Gesichtspunkt aus“ — „je größer der mit einem Problem verknüpfte räumliche und zeitliche Bereich ist, um so weniger Menschen befassen sich mit der Lösung eines solchen Problems.“¹²⁾

¹²⁾ So Dennis Meadows u. a., Die Grenzen des Wachstums — Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972, S. 13 und 12.

Was also bisher stets und überall nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, zweifellos aber gerade auch hier, wie bei den meisten anderen Institutionen unserer Gesellschaft, so auch bei den Parteien, immer wieder zu kurz gekommen ist, ist die Organisierung, Institutionalisierung und Realisierung des von dem Jugoslawen S. Stojanovic¹³⁾ so genannten homo universalis oder integralis, der in jedem von uns mehr oder weniger steckt, allzu oft aber von den vielen widersprüchlichen und kurzsichtigen Interessen des homo multiplex verdeckt wird. Das ist ganz augenfällig so in den westlichen pluralistisch-privatistischen Demokratien, wo, um mit Marx zu sprechen, „der Mensch in seiner sinnlichen individuellen nächsten Existenz“, dagegen „der wahre Mensch erst in der Gestalt des abstrakten citoyen anerkannt“ ist. Alle Versuche der großen Revolutionen — von der französischen bis zur chinesischen —, durch Terror und Diktatur das egoistische Individuum auch nur zugunsten des citoyen, d. h. des Staats-Bürgers, einfach zu beseitigen, haben eigentlich das Ubel eher noch vermehrt, zumal auch hier der Bürger kaum je als Weltbürger, vielmehr höchstens als Staatsbürger ins Spiel kommt. Bleiben doch auch die anspruchsvollsten Programme der totalitären Parteien an dem Partikularinteresse von Einzelstaaten ausgerichtet, während die sozialkapitalistisch-spätbürgerlichen Parteien sich sogar recht ehrlich vor allem auf die Vertretung kurzfristiger Sonderinteressen innerhalb des jeweiligen Staates konzentrieren. Daß hier wie dort so die epochalen und globalen Probleme einer in dynamischem Wandel sich befindenden Welt immer wieder zu kurz kommen müssen, bedarf keines Beweises.

Sicher kann in Krisenzeiten eine besonders weitsichtige, tatkräftige und geschickte Partei der Revolution oder Reform die Tagesinteressen transzendieren — die Entwicklungen in Osteuropa seit 1917 und seit 1945 oder in China seit 1911 wären ein Beispiel für die Mög-

¹³⁾ Kritik und Zukunft des Sozialismus, 2. Aufl., München 1970, S. 18 ff.

lichkeiten, aber auch für die Grenzen weitreichender sozio-kultureller Neuordnung — aber auch stets in den Grenzen der einzelnen Staaten. Auch im 19. Jahrhundert (und ähnlich in England nach 1945) konnten wichtige Programmpunkte liberaler, radikal-demokratischer und sozialistischer Parteien wie Parlamentarisierung oder Demokratisierung des Wahlrechts, 8-Stunden-Tag oder Nationalisierung gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt werden. Andererseits ist eine Politik noch so rationaler Reformen immer wieder nicht zuletzt auch als Folge nationalstaatlicher Begrenzung auf Schwierigkeiten gestoßen und von Rückschlägen begleitet gewesen. Das Zurückweichen von Reformparteien vor den etablierten Mächten ist ein altes Lied.

Der Bedarf nach Reform und Innovation im Weltmaßstabe hat heute wahrlich revolutionäre Ausmaße angenommen; die Fähigkeit unserer tragenden Institutionen und Organisationen zur großen Transformation bleibt dagegen hinter den Erfordernissen der Stunde erschreckend zurück. Insofern kann man mit amerikanischen Soziologen von einem Hinterherhinken, einem cultural lag, sprechen, wobei dieses Zurückbleiben nicht zuletzt am Verhältnis von Weltgesellschaft zu nationaler Politik, Wirtschaft und Gesellschaft deutlich wird.

Die Krise, die zumindest seit 1914 offenkundig ist, durchzieht ja erstmals in der Geschichte der Menschheit die dreigeteilte Weltgesellschaft, die zugleich doch schon auch eine Welt ist, als ganzes. Zudem werden die Herausforderungen oder challenges größer und die Zeitspannen für die Lösungen kürzer. Das gilt sicherlich für die globalen Kernfragen — Rüstungswettlauf, Militarisierung und Kriegsgefahr; Bevölkerungsexplosion und Hunger in der Dritten Welt; Umweltbedrohung in den Industriegesellschaften; Machtkonzentration in den Händen antiquierter Staatsbürokratien und engstirniger Wirtschaftsmagnaten; Verunsicherung, Frustration und Aggressivität der Individuen —, um nur die allerwichtigsten Probleme zu nennen.

Wir brauchen nur prinzipiell die Lösungsmöglichkeiten dieser Probleme mit den Stichworten Abrüstung und Weltfriedensordnung, Stabilisierung der Weltbevölkerung und Modernisierung der Dritten Welt, Umweltsanierung, Demokratisierung des Staates und Sozialisierung der Wirtschaft, Humanisierung von Gesellschaft und Mensch anzudeuten, um klar zu machen, daß die große Transformation nichts anderes sein kann als ein permanenter Prozeß tiefreichender Strukturreformen bzw. gewaltfreier Revolutionen von wahrlich planetarischem Ausmaß. Er zielt vor allem ab auch auf die Überwindung der historisch begründeten national- und machtstaatlichen Herrschaftsstrukturen mittels einer neuen globalen Gesellschaftspolitik der Menschheit. Bei dem ganzen Ernst der Situation ist wohl der Vergleich mit einem Weltkrieg nicht übertrieben. Wenn wir uns aber schon heute und noch mehr morgen überall auf der Welt im „Kriegszustand“ mit den regressiven Kräften und destruktiven Momenten des Menschen befinden, so wäre zu fragen, ob nicht eigentlich ähnlich wie im Kriege auf Jahre hinaus geradezu ein universaler Notstand der gesamten Menschheit ausgerufen werden müßte? Können wir denn anders die erforderlichen Kräfte auf den verzweifeltsten Kampf gegen die die Existenz oder zumindest die Kultur der Menschheit bedrohenden Gefahren konzentrieren? Wären wir etwa sonst bereit, auf Rüstung und Raumfahrt, Luxus und Konsummaximierung, ja vielleicht sogar auf die unbeschränkte Vermehrung und so manches andere, an das wir uns schon sehr gewöhnt haben, zu verzichten, wobei zudem anders als in den bisherigen Kriegen gerade die Privilegierten die größeren Opfer zu bringen hätten?

Das heißt aber für unser spezielles Thema, daß gerade die Parteien in Deutschland, Europa und der Welt sich selber grundlegend wandeln müßten, wollten sie fähig werden, die Einzelstaaten in eine Weltföderation zu integrieren, die Verfügungsgewalt über Privat- oder Staatsunternehmen vermittelt von Gemeinschaften, die von den Produzenten im Be-

trieb bis zur Weltgesellschaft zu reichen hätten, zu „vergesellschaften“, die nationalen Kulturen in einer Weltkultur „aufzuheben“.

Daß eine solche Politik für die Rechtsparteien eine ungeheure Umstellung voraussetzen würde, liegt auf der Hand. Bei aller „Konvergenz“ von links und rechts mögen die Chancen für die Herausbildung primär planetarisch-progressiv agierender Parteien auf der Linken noch immer größer sein als auf der Rechten, wobei jedes Abgleiten der Linken in einen illusionär-utopistischen Linksextremismus nur von Übel sein könnte.

Es wäre aber doch wohl illusionär anzunehmen, daß traditionsreiche, wohl etablierte Massenparteien, auch auf der Linken, rasch lernen könnten, global und langfristig zu fühlen und zu wollen, zu denken und zu handeln. Schon die große Zahl verleitet zur Anpassung an den Durchschnitt und an die sogenannten Sacherfordernisse der Macht und „Verantwortung“. Letztlich wird jede Regierungssuppe, ganz gleich auf welchem Ofen, doch mit viel Wasser gekocht. Je größer eine Partei wird, um so schwerer fällt es ihr auch, die Patronage hinter dem Programm hintanzustellen, die Taktik hinter der Strategie zurücktreten zu lassen. So entsteht ein Vakuum an globaler Politik und langfristiger Planung.

Läßt sich nun aber ein neuer Parteitypus denken, der diesen Leerraum wenigstens teilweise ausfüllen könnte? Sicherlich könnten sich so manche, die sich stärker als Welt- und Zukunftsbürger fühlen und die in der Lage sind, dem homo integralis in ihnen selber den Vorrang einzuräumen, in neuartigen Parteien zusammenschließen. Das hieße aber auch, daß alle die, die vor allem aus persönlichen oder auch sachlichen Erwägungen an der Übernahme von Posten und Positionen interessiert sind, einer solchen Partei fernbleiben und ferngehalten werden sollten. Eine solche Partei sollte für ihre Ideen und Ziele offen werben; sie könnte sich auch an Wahlen beteiligen und versuchen, ins Parlament zu kommen, um dort um so wirkungsvoller ihren Standpunkt zu vertreten. Sie hätte aber deutlich zu machen,

daß sie nicht erwartet, zur Mehrheitspartei zu werden. Mit den größeren Parteien würde sie konkurrieren, diese aber zugleich auch komplementieren. Auch dort, wo es zu offenen Konflikten kommen müßte, wäre sie stets bemüht, diese zu rationalisieren, zu humanisieren, zu demokratisieren. In der Opposition wie auch als kritische Stütze der Regierung könnte sie damit eine überlegen gewaltfreie Haltung dokumentieren. Über die Tagespolitik hinaus würde sie stets ebenso bestimmt wie sachlich die größeren und schwierigeren Probleme zur Sprache bringen. Eine solche Partei wäre daher ihrer Natur nach eine „ewige“ Minderheits- und Oppositionspartei — nur ausnahmsweise könnte sie einmal eine Regierung bedingt stützen und punktuell tolerieren. Von den bisherigen kleineren Parteien, wie etwa einer Bauern- oder Gewerbspartei, einer Bayernpartei oder einem Zentrum, würde sich diese Partei gerade darin unterscheiden, daß sie nicht die besonderen Interessen einer ökonomischen Schicht oder regionalen Gruppe vertreten würde, sondern umgekehrt die allgemeinsten Interessen und umfassendsten Ideen zu ihrem Sonderanliegen zu machen hätte. Paradoxaerweise wäre damit endlich das „Universale“ auch als das Spezifisch-Spezielle organisiert.

Neben der Entwicklung eines solchen neuen Parteitypus bliebe nach wie vor die Universalisierung und Demokratisierung der größeren Parteien auf der Agenda. In Kreisen, die ernsthaft an der Demokratisierung der Gesellschaft wie der Parteien interessiert sind, diskutiert man u. a. auch neue Formen unmittelbarer Demokratie — diese reichen von der Einführung plebiszitärer Verfahren über die Organisation von Bürgerinitiativen und -bewegungen bis zur Neubelebung von Räten. Nach Theodor Ebert¹⁴⁾ könnte „ein sich verdichtendes Geflecht solcher Bürgerinitiativen im nächsten Jahrzehnt die bewußtseinsmäßige und machtpolitische Basis für Strukturreformen schaffen... Das zukünftige politische

¹⁴⁾ Mit Bürgerinitiativen zur antikapitalistischen Strukturreform?, in: Gewaltfreie Aktion, Jg. 4, Heft 12, 1972, S. 11 ff.

System der Bundesrepublik könnte in dem Prozeß der Strukturreformen so aussehen, daß die reformwilligen Kräfte in den Parteien mit den Basisinitiativen rückgekoppelt werden... Die basisdemokratische Partei der Zukunft würde sich aus dem Geflecht der außerparlamentarischen Bürgerinitiativen im Reproduktions- und im Produktionsbereich rekrutieren, und die Politiker in den repräsentativen Organen wären nun zu Strukturreformen fähig, da sie um die kämpferische Kapazität der Basisgruppen wüßten und ihre Maßnahmen zur Ablösung traditionaler Herrschaft mit den direkten Aktionen der Basisgruppen koordinieren könnten." Zugleich werden sich aber immer mehr Bürger nicht länger nur als Parteibürger, sondern auch als Staats-, vor allem aber als Weltbürger fühlen und in diesem Sinne „überparteilich“ mit Gleichgesinnten in anderen Parteien zusammenwirken müssen, wie überhaupt die Vielfalt der organisatorischen Ansätze und der politischen Strategie nicht so sehr als Not, denn als Tugend gesehen werden sollte.

Daß sich die tradierten einzelstaatlichen Parteien über Nacht zu Weltparteien vereinigen, ist kaum zu erwarten. Dennoch wird man immer wieder darauf verweisen müssen, daß alle Parteien ganz anders als bisher die langfristigen Interessen der Menschheit ausfindig zu machen und zu berücksichtigen haben werden. So sollten wir illusionslos jeden Ansatz zur Fortentwicklung nationalstaatlicher Parteien in Richtung auf kontinentale und Weltparteien fördern. Übernationale und globale Parteiföderationen können zugegebenermaßen wohl nur funktionieren, wenn wir auf dem Wege zur „Weltinnenpolitik“ fortgeschritten sind — sie selber wären aber auch ein wichtiges Mittel zur Überwindung weltbedrohender Staatssouveränitäten und Machtblöcke. Der so verzweifelt dringliche Ausbau der Vereinten Nationen zu einem wirksamen Friedensinstrument müßte wohl nicht nur mit der erheblichen Stärkung der Exekutive und Judikatur eingeleitet werden, er setzt auch die Bildung zumindest eines beratenden Weltparlaments voraus. In dessen Rahmen könnte aber wohl auch nur ein Mindestmaß an gewaltfreier

Koordination der Kontingente und an rationaler Kooperation der Nationen lediglich mittels weltweiter Parteizusammenschlüsse verwirklicht werden. Daß schließlich eine mehr universalistisch orientierte kleinere Partei ganz anders als die auf Mehrheiten ausgehenden Großparteien die nationalen Interessen hinter der internationalen Orientierung zurücktreten lassen könnte, müßte einleuchten.

Das Endziel läßt sich so umschreiben, daß die Parteien wie der Staat ihre allzu engen staatlich-nationalen Schranken in doppelter Richtung zu überwinden haben, einmal durch Übertragung von Funktionen auf kleinere, bürgernähere regionale oder auch lokale Gruppierungen, Bewegungen und Initiativen, zum anderen aber auch durch Delegation von Kompetenzen auf überstaatliche kontinentale und globale Zusammenschlüsse, Föderationen und „Internationalen“.

Das Unbehagen an den Parteien und die Infragestellung der parlamentarischen Demokratie haben bei uns vielleicht — noch? — nicht den Charakter akuter Krisenerscheinungen. Daß die Mehrparteiensysteme wie der demokratische Parlamentarismus überhaupt recht und schlecht nur in einer recht bescheidenen Zahl von Staaten funktionieren, dürfte aber unlegbar sein. Wenig spricht auch dafür, daß diese „Altersschwäche“ eines Systems und einer Prozedur im Rahmen des überlieferten Einzelstaates in absehbarer Zeit zu korrigieren wäre. Wenn die parlamentarische Demokratie wie die demokratische Partei eine Zukunft haben, so liegt diese wohl in ihrer Ausweitung, d. h. der Übertragung ihrer Strukturen und Funktionen auf neu zu bildende kontinentale und globale Föderationen. Der Rest des Jahrhunderts ist von der Gefahr verheerender Menschheitskatastrophen oder zumindest einer Regression zu neocäsaristischen Gesellschaftsformen überschattet — die rechtzeitige Entfaltung neuer Formen von Föderation und Partei wäre vielleicht ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Verringerung jener Gefahren und damit auch zur späteren Verwirklichung einer liberal-sozialistischen Weltgesellschaft.

Jüdische und israelische Gesellschaftsstrukturen in ihrer europäischen Verbundenheit

Wir neigen dazu, von Ideen zu sprechen, die Völker verbinden und geistigen Einflüssen nachzugehen, aus denen Gemeinsamkeiten des Handelns entstehen; es wird gern davon gesprochen, wie sehr gemeinsame Geschicke und Erlebnisse die Zusammenarbeit der Nationen fördern. Derartige geistesgeschichtliche Faktoren sollen in ihrer Wirksamkeit keineswegs geleugnet werden, nur soll einmal gefragt werden, was eigentlich wirksam ist, wenn wir historische Gemeinsamkeiten als Potenzen im Zusammenwirken von Menschengruppen erkennen: Sind es wirklich die Ideen, geistige, literarische oder philosophische Leitbilder, oder nicht vielmehr gemeinsame Lebensformen und gesellschaftliche Strukturen, die den Ideen Wirkungskraft verleihen und die Gleichheit des gesellschaftlichen Handelns hervorbringen?

Wenn wir heute erneut über Dinge nachdenken, die uns längst geklärt schienen, so steht dahinter die erschütternde Erfahrung der letzten Wochen: Unsere Europaverbundenheit ist in Frage gestellt, nicht weil wir von Europa weg wollen, sondern weil Europa sich in einer Art Festlandsbewegung von uns zu entfernen scheint. Wir suchen einen neuen methodischen Ansatz in sozialgeschichtlicher Richtung, um uns von da her neue Sicherheit zu erarbeiten.

Im Verlauf weniger Wochen haben wir den Erdrutsch mit Österreich mitgemacht und den „continental drift“ Afrikas — weg von Israel. Behaupten möchte ich, daß das kleine Österreich uns mehr verletzt hat als der große kollektive Abfall ganz Afrikas. Wirtschaftlich und politisch gesehen, sind die Hartholzwälder, die Diamantenfelder und Investitionsverluste in Afrika wie auch die Einbuße an

Prestige wahrscheinlich schwerwiegender als das, was wir an Österreich verloren, aber nur was Österreich uns antat, hat uns innerlich erregt. Im Zusammenhang mit dem, was wir von Frankreich, England und selbst der Bundesrepublik Deutschland hinnehmen mußten, sind wir in eine tiefe Krise geraten, die wir uns nicht verhehlen dürfen: Wir hatten mehr Mitgefühl und mehr Verständnis erwartet; wir lebten im Glauben, daß wir, die wir das Schicksal der Tschechoslowaken 1938/39 oder der Engländer im Bombenkrieg Hollands und Frankreichs im Widerstand genau so tief wie diese mitgeföhlt hatten, die gleiche Sympathie finden würden. Wir hatten uns darauf verlassen, daß Begriffe wie Demokratie, Selbstbestimmung, Menschenrechte, Liberalisierung, Sozialismus uns gemeinsam sind und die gleichen Reaktionen hervorrufen wie bei uns und eine solide Brücke des gemeinsamen Verständnisses und gemeinsamer Sympathie bauen. Wir waren gerade darum so naiv, weil wir aus eigener Erfahrung wissen, wie sehr dieselben Begriffe in anderem sozialen Milieu und unter anderen Menschengruppen vollkommen andere Reaktionen hervorrufen: so realistisch wir diesen anderen gegenüber waren, so wenig kritisch waren wir gegenüber Europa.

Aus eigener Erfahrung haben wir gelernt, wie groß die Mißverständnisse sein können, die bei der Übertragung von Begriffen aus einem sozialen Milieu in ein anderes entstehen können: Wieviel Liebe und Missionseifer haben unsere Kooperativ- und Kibbuzbewegungen auf Gewinnung arabischer und afrikanischer Erwidern verschwendet; herausgekommen sind fast nur Mißverständnisse, denn schon die patriarchalisch-autoritative Familienstruk-

tur macht bei ihnen häufig ein wirkliches Nachleben unserer Gesellschaftsformen unmöglich; was jungen europäischen Studenten zumindest gefühlsmäßig ein leichtes ist, sich in die demokratische Gleichheit eines Kibbuzes einzuleben, ist ihnen versagt; sie können wohl abstrakt über die Idee der Gleichheit sprechen, sie aber nicht wirklich assimilieren. Viel tragischere Erfahrungen haben die Juden New Yorks mit ihren portorikanischen und Negernachbarn machen müssen: Sie haben ihnen Liberalismus und Gleichheit gepredigt und haßerfüllten Antisemitismus geerntet, der ein weiteres Zusammenleben unmöglich gemacht hat und zu einem wahren Exodus der Juden aus ganzen Wohnvierteln in den Städten der USA geführt hat. Sie mußten am eigenen Leib erfahren, wie fruchtlos es ist, Begriffe ohne ihre soziale Grundlage übertragen zu wollen: Wo die gesellschaftlichen Voraussetzungen gründlich verschieden sind, verbürgt der Wortklang kein Verständnis; die Möglichkeit eines wirklichen Verständnisses und damit das tiefere Mitgefühl kann erst die Kongruenz des sozialen Lebens schaffen.

Es ist sicher die Aufgabe der Menschheit, die soziale Grundlage für ein allgemeines menschliches Verständnis zu schaffen, aber wir befassen uns heute mit einer gegebenen Situation, die die historische Basis der europäischen Verbundenheit Israels untersuchen möchte, um die jetzige Krise überwinden zu helfen.

Wie bekannt, sind die Grundlagen des neuen Israel von osteuropäischen, meist russischen Juden gelegt worden: Das war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, als eine intellektuelle und soziale Erneuerungswelle Rußland in Bewegung brachte und auch die jüdische Intelligenz erfaßte; berüchtigt sind die Pogrome, die positiv wie negativ diese revolutionäre Bewegung begleiteten; sie haben einen Teil der jüdischen Intelligenz zionistisch umgeprägt. Der der russischen Bewegung eigentümliche intellektuelle Rigorismus mit der Forderung des absoluten persönlichen Einsatzes brachte dann die ersten Einwanderungs-

gruppen, die wir die erste und zweite „Alijah“ nennen. Welches gesellschaftliche Gesicht hatten nun die Grundlagen, die diese Revolutionäre legten, die doch alle an elitären Leitbildern geschult waren, deren Vorstellungen von autoritären Geheimbünden herkamen, in denen immer diese oder jene Sorte von Diktatur (darunter auch die Diktatur des Proletariats) vorherrschte? In deren geistiger Nachbarschaft gab es keinerlei Tradition von Gesellschaftsdemokratie, keine demokratische Praxis, obwohl man abstrakt über Volksrechte und Demokratie diskutierte; aus dieser revolutionären Gärung ist ja auch historisch nie eine Demokratie entstanden. Nur die zionistischen Außenseiter und Eigenbrötler haben scheinbar paradoxerweise im primitiven damaligen „Palästina“ die Grundlagen zu einer wirklichen Demokratie gelegt, indem sie sich sogleich demokratisch organisierten, jede nichtdemokratische Tendenz überwandten und auch unter stärkstem Druck diesen Weg nie verließen, obwohl in ihren Köpfen das gesamte Rüstzeug elitärer und autoritärer Ideale sich gesammelt hatte und immer wieder neu verarbeitet wurde. Wo man auch hinblickt, vom ersten Tage an schuf man sich demokratisch gewählte und kontrollierte Komitees für alle Lebensbereiche, sei es zur Arbeitsbeschaffung oder zur Krankenpflege, zur Interessenvertretung auch der kleinsten Gruppen oder auch zur Gründung der ersten Siedlungen: am Anfang waren Versammlung und Beratung, Wahl und Kontrolle. Die ersten Winzer und die ersten Lehrer, die ersten landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und die ersten Setzergehilfen — sie alle entwickelten eigene demokratische Organe. Es sei bemerkt, daß der kooperative Siedlungsplan Franz Oppenheimers boykottiert wurde, weil er das Selbstbestimmungsrecht der Siedler zu schmälern schien.

Woher die Selbstverständlichkeit demokratischer Praxis? In Osteuropa hatte sie ihre Wurzeln nicht; dort gab es keine Gesellschaftsinitiative. Es gab sie auch nicht im politischen Untergrund, nicht einmal im Exil. Selbst die jungen Zionisten, die wie Chajim

Weizmann durch die Schule der Emigration gegangen sind, haben ihre demokratischen Begriffe nicht von dort.

Es gibt nur eine Quelle, aus der demokratische Praxis gespeist werden konnte, und das ist die jüdische Gemeinde.

Das jüdische Gemeindeleben in Osteuropa war keineswegs nur Ausdruck der Gemeinsamkeit gewisser theologischer Vorstellungen und religiöser Normen, deren Ausleben ein gesellschaftliches Eigenleben verlangte. Die jüdische Gemeinde war eine geschlossene, historisch gewachsene Gemeinschaft, in der Theologie und Ritus nur einen Teil des Ganzen darstellten. Die jüdische Gemeinde war bis zu ihrem Untergang in Osteuropa ein sozialer Organismus, der als Ganzes mit der Umwelt in einem festen funktionellen Zusammenhang stand, dessen Normen aber keineswegs der Umwelt angehörten, sondern ein Einfuhrprodukt waren. In mancher Beziehung berührt sich darin die jüdische Gemeinde mit der deutschen Stadt (oder deutschen Siedlung) in Osteuropa, und das darf nicht verwundern, denn beide sind ein Produkt der gleichen Siedlungsentwicklung. Die jüdische Gemeinde hat sich in den Stadtkernen zwischen Loire und Rhein in ihrer europäischen (sogenannten „aschkenasischen“) Eigenart konstituiert und sich vollkommen parallel mit der westeuropäischen Stadt nach Osten verpflanzt. Ihr letzter Ausläufer ist das polnische Kolonisationsgebiet in Weißrußland und in der Ukraine, das dann im 17. Jahrhundert an Rußland kam.

Die aschkenasische Gemeinde war als unabhängige Korporation in naher Anlehnung an die Stadtgemeinde konstituiert, wobei gegenseitige Beeinflussung vorauszusetzen ist; die jüdische Gemeinde war aber immer republikanischer als die europäische Stadt, weil sie weniger hierarchisch-feudalen Einflüssen ausgesetzt war, die Klassengegensätze weniger ausgebildet waren und daher weniger autoritäre Überwachung nötig hatte. Die aschkenasische Gemeinde, „Kehillah“ genannt, enthält sämtliche genossenschaftlichen Elemente ei-

ner deutschen Stadt; aber nur wenn man damit den Habitus einer protestantischen Sekte kombiniert, bekommt man einen annähernd richtigen Begriff von der Vielfalt des sozialen und kulturellen Lebens einer aschkenasischen Kehillah. Das erklärt dann auch, warum das jüdische Gemeindeleben in Osteuropa weiterhin so einschneidend auf Menschen eingewirkt hat, die sich von jedem religiösen Brauch längst emanzipiert hatten: Auch der emanzipierteste junge Jude blieb im Zarenreich dem Gemeindeleben verhaftet, denn mit den russischen kommunalen oder anderen Behörden trat er vornehmlich über die jüdische Gemeinde in Verbindung, und das gilt wegen der rechtlichen Diskriminierung sogar für die Hauptstädte Moskau und Petersburg. Ohne die schützende Hand der Gemeinde war der einzelne Jude vogelfrei.

In jeder jüdischen Gemeinde bestand außer den öffentlichen Institutionen religiöser und sozialer Funktion ein engmaschiges Netz von freiwilligen Vereinen, Kassen, Berufsverbänden, Lehranstalten, religiösen Korporationen aller Schattierungen und Richtungen, die um die Jahrhundertwende, also die Zeitspanne um die es hier geht, verschiedenste politische und soziale Weltanschauungen vertraten, manchmal republikanisch-oligarchisch, meist aber streng demokratisch organisiert waren. Das despotisch-autoritäre Rußland kannte außer dem Establishment nur hierarchisch organisierte Geheimbünde — oder aber in den jüdischen Gemeinden Inseln regelrechter praktischer Demokratie, von denen allerdings das offizielle Rußland kaum Kenntnis nahm. Diese demokratische Praxis bildete in den Köpfen der jungen Revolutionäre die Unterschicht des politischen Bewußtseins und machte die autoritären Theorien zu einer Art „falschem Bewußtsein“, das im realen Leben des neuen Israel immer mehr verkümmerte.

Die Pioniere einer neuen jüdischen Gesellschaft stießen im neuen Land auf eine Mehrheit ganz anders gesinnter Juden, häufig streng orthodoxer Observanz, aber meist traditionstreu mit kleinbürgerlichen Juste-Mi-

lieu-Begriffen. Ihnen sind auch die Siedler zuzurechnen, die Baron Rothschild bewußt förderte, weil sie seinem Ideal des „guten Juden“ entsprachen. Obwohl die weltanschaulichen Gegensätze deshalb oft hart aufeinander stießen, gelang es doch, gemeinsame Institutionen zu schaffen, weil allen die Organisationsformen der traditionellen Gemeinde vertraut waren. So entstanden im primitiven und despotischen Ottomanischen Palästina eine Vielfalt öffentlicher demokratischer Institutionen, Verbände und Parteien, aus denen zuerst in Jaffa, dann aber besonders im jungen Tel Aviv noch vor dem Ersten Weltkrieg munizipale Verbände und Vertretungen hervorgingen; eine allgemeine jüdische Nationalvertretung war im Entstehen, wurde aber erst nach dem Ersten Weltkrieg verwirklicht. Ohne den gemeinsamen Mutterboden der jüdischen Gemeinde und ihrer Organisationsformen wäre eine derartige Zusammenarbeit ideologisch so gegensätzlicher Elemente unmöglich gewesen. Man bedenke: Auf der einen Seite die Siedler von Petach-Tikwah, das ein Ableger der ultra-orthodoxen Jerusalemer Gemeinde war, auf der anderen sozialrevolutionäre Neueinwanderer.

Schon in diesem frühen Stadium, bevor noch der „Jischuw“ (die Gesamtheit der Palästina-Juden) die Einhunderttausend-Ziffer überschritten hatte, zog die demokratisch-parlamentarische Zusammenarbeit selbst diejenigen Juden in ihren Bann, die noch in autoritären Sippenverbänden organisiert worden waren, so die erste Welle der jemenitischen Einwanderer der Jahre 1908/09, die, weit von jedem europäischen Einfluß, streng patriarchalisch gegliedert waren. Sie brachten ihre eigene Organisation hervor, die zwar nach innen autoritär aufgebaut war, aber an parlamentarischen Organen mitwirkte und sich allmählich anpaßte. Nur so ist es zu erklären, daß die Masseneinwanderung orientalischer Juden, die sogleich mit der Staatsgründung im Jahre 1948 einsetzte und während einer gewissen Zeitspanne eine numerische Mehrheit im Staate bildete, sich den demokratisch-parlamentarischen Organisationen und ihren

Bräuchen angepaßt hat — heute dürfen wir behaupten: endgültig!

Es besteht im Lande, wie bekannt, eine erhebliche Spannung zwischen der jungen Generation der orientalischen Einwanderer und den sogenannten „Aschkenasim“. Einige Beobachter meinten, daß sie das Gesellschaftsgefüge des israelischen Staates sprengen müsse. Es ist ja tatsächlich zur Gründung einer „Schwarzen-Panther-Bewegung“ gekommen, die mehrfach einigermassen gewalttätig aufgetreten ist. Nun ist es so weit, daß diese „Schwarzen Panther“ sich an den parlamentarischen Wahlen beteiligen und vermutlich erheblichen Erfolg haben werden. Wenn also im nächsten Parlament ihre Vertreter zur Tagesordnung sprechen werden und ihre Interpellationen einreichen, hat sich die parlamentarische und demokratische Ordnung als eine Assimilationskraft erwiesen, und damit scheint das parlamentarische System für diese Generation gesichert.

Strukturen bedeuten demnach mehr als Ideologien, wie wir erprobt haben. Es hat in unserer jungen Geschichte auch nicht an Versuchen gefehlt, autoritäre — und selbst totalitäre — Ideen zu verwirklichen. Ein Schulbeispiel liefert die Entstehung der jüdischen Selbstverteidigung. Noch vor dem Ersten Weltkrieg haben revolutionäre junge Juden, unter ihnen Ben Gurion und der nachmalige Staatspräsident Ben Zvi, eine paramilitärische Geheimorganisation geschaffen, die sich „Haschomer“ nannte und deren Namen in der bekannteren „Haschomer-Hazair“-Bewegung fortlebt. Dieser „Haschomer“ war nach bestem revolutionären Rezept als illegale Organisation mit legaler Fassade organisiert und hat bis nach dem Ersten Weltkrieg eine umstrittene Rolle gespielt: Er ist gescheitert und hat der durch und durch demokratischen „Haganah“-Organisation weichen müssen; gescheitert ist er aber an dem Unwillen der jüdischen Gesellschaft, in ihrer Mitte eine unkontrollierbare Organisation zu dulden.

Die Reste des „Haschomer“ haben sich einer Einwanderer-Gruppe aus dem bolschewisti-

schen Rußland angeschlossen, die es unternahm, eine avangardistische und zentralistische Gesellschaft zu formen, in der auch eine militärische Geheimorganisation wirkte. Der Versuch ist gescheitert und der intransigente Teil ist 1927 nach Rußland zurückgekehrt, wo sie Stalin dann in KZ-Lager schickte. Die Nachfolge trat der „Kibbuz-Hame'uchad“ an, der vollkommen demokratisch durchgegliedert ist. Er ist heute eine der drei großen Kibbuzbewegungen.

Es würde zu weit führen, den Versuchen nachzugehen, die in den dreißiger und vierziger Jahren unternommen wurden, faschistischen Ideen im „Jischuw“ Heimatrecht zu verschaffen; es bestehen heute Nachfolge-Organisationen derartiger Gruppen, aber sie sind nicht nur auf parlamentarische Demokratie festgelegt, sondern, was wichtiger ist, ihr innerer Aufbau ist so strukturiert, daß sie vom Standpunkt einer autoritären Machtbildung wertlos geworden sind. Es gibt heute rechte und linke Parteien, aber keine außerparlamentarischen Gruppierungen von nennenswerter Bedeutung.

Ein sehr populärer israelischer General (ohne Augenklappe), der befragt wurde, was geschehen würde, falls er seinen Soldaten den Befehl geben würde, sich der Staatsmacht zu bemächtigen, um „Ordnung“ zu schaffen, soll geantwortet haben, man würde ihn auslachen, genauer übersetzt: die Leute würden vor Lachen sterben.

Jede wirklich ernste politische Krise ist immer zugleich auch eine Probe der Tragfähigkeit des politischen Systems. Wir befinden uns heute in einer tiefgehenden Krise, deren Ausmaß sich erst abzeichnen beginnt; einer ihrer Aspekte ist die Diskrepanz zwischen physischer Widerstandskraft und politischer Ohnmacht. Demokratische Systeme sind an weniger einschneidenden Krisen gescheitert: Weimar ist an der „Welt-von-Feinden“-Ideologie zugrunde gegangen und an den Folgen der „Dolchstoßlegende“. Es gehört zum Wesen jeder echten parlamentarischen Demokra-

tie, daß sich außenpolitische (und unter ihnen auch militärische) Krisen nach innen übertragen. Jede Hemmung dieses Prozesses verwandelt die politische Krise in eine Krise des demokratischen Systems. So müssen wir hoffen, daß es uns gelingen wird, unsere Krise ehrlich nach innen auszutragen und sie weder abzudrosseln noch nach außen abzudrängen. Man spricht bei uns mit einer gewissen Scheu vom Austragen der „jüdischen Kämpfe“, wie man sich in Anlehnung an Flavius Josephus ausdrückt. Diese Scheu ist verständlich. Aber die Diskussion, die im Publikum längst im Gange ist, läßt sich nur im Parlament vertagen — und es besteht die große Hoffnung, daß sie die Widerstandskraft nicht lähmen, sondern daß unser Gemeinwesen im Endergebnis gereift aus dieser furchtbaren Prüfung hervorgehen wird. Diese Hoffnung ist mehr als ein frommer Wunsch, denn sie basiert auf der Grundtatsache, daß unser demokratisch-parlamentarisches Verhalten die Gewißheit eines Reflexes angenommen hat und in den tiefsten Schichten unseres gesellschaftlichen Bewußtseins verankert ist: Jede kleine Synagoge ist zugleich ebensosehr ein Klub wie jedes Kaffeehaus, jeder Israeli ist Mitglied mehrerer Vereinigungen, aber auch jedes Mietshaus hat seinen gewählten Mieterrat und jeder kleine Betrieb seine gewählte Vertretung: es ist fast unmöglich, eine Lohn- und Wirtschaftspolitik zu betreiben, die nicht wenigstens den größeren Teil der Beteiligten überzeugt. Das demokratische Mißtrauen ist wohl nirgends so entwickelt wie gerade bei uns. In Friedenszeiten läßt sich wohl kein Volk so schwer, aber in Krisenzeiten keines so leicht regieren wie das unsrige.

Über die historische Europa-Verbundenheit der israelischen Demokratie haben wir ein wenig nachgedacht. Wie steht es nun mit der Verbundenheit der europäischen Demokratie mit Israel?

Zunächst ist festzustellen, daß „parlamentarische Demokratie“ nicht irgendein System ist, in dem ein Parlament besteht: Echte parlamentarische Demokratie existiert nur da, wo

die ganze Gesellschaft von parlamentarisch-demokratischen Elementen durchdrungen ist. Sie ist also recht selten. Vergessen wir nicht, daß ein Land wie Frankreich seine parlamentarische Demokratie zugunsten materiellen Wohlstandes leichthin aufgegeben und England sich nie der Mühe unterzogen hat, seine Demokratie auch in Nordirland zu verwirklichen. Italien ist zweifellos ein parlamentarischer Staat; ob es aber eine echte parlamentarische Demokratie ist, muß angesichts der nicht ausgeprägten inneren Widersprüche und Gegensätze doch sehr fraglich scheinen.

Die parlamentarische Demokratie ist in Wahrheit kein „System“, sondern ein Prozeß, der in immer tiefgreifender Erfassung aller gesellschaftlichen Strukturen durch demokratische Aktivität besteht und immer neue Probleme in Angriff nimmt. So gesehen ist sie wohl die höchste Stufe politischer und gesellschaftlicher Entwicklung, die Menschen bis heute verwirklicht haben (im Gegensatz zu ausgedachten Utopien). Sie ist aber zugleich auch die am meisten gefährdete, denn für jedes Problem, das mittels langwieriger Diskussion in Angriff genommen wird, scheint eine autoritäre Entscheidung eine elegantere Lösung anzubieten, und es fehlt nicht an Menschen, die auch in der Politik Ästhetik suchen. Der Abfall von der parlamentarischen Demokratie scheint beinahe die Norm zu sein, dem nur mit Hilfe von Solidarität aller interessierten Gemeinwesen beizukommen ist. Pflicht der Selbsterhaltung aller parlamentarischen Demokratien wäre es, mit Israel solidarisch zu stehen. Wenn in diesem Winter ein

Teil der Europäer frieren sollte, während ein anderer in gut geheizten Räumen sich schöngeistig-revolutionär unterhält, dann wäre das nicht die Solidarität, die nützt. Frankreichs politischer Darwinismus ist keineswegs nur ein Problem Israels: Das demokratische Europa erstrebte im Gemeinsamen Markt auch ein Instrument der Demokratie.

Für die Juden in aller Welt ist das Gedeihen Israels ein persönliches Anliegen, und zwar mit gutem Grund. Andererseits wird Franzosen und Engländern nichts passieren, wenn sie die Existenz Israels untergraben; daß aber damit ihre Demokratie weiteren Schaden nimmt, ist fraglos. Der Versuch, Grundfragen des demokratischen Zusammenlebens auf dem Weg des geringsten Widerstandes zu lösen, wird Schule machen, hat jedenfalls schon Frankreich auf Wege gewiesen, die von parlamentarischer Demokratie immer weiter wegführen. Die israelische Demokratie ist heute eigenständig und kann durchaus auch abgeschnitten von ihrem europäischen Mutterboden existieren, und doch wäre es ein großes Glück, wenn sie sich in weitgehender Solidarität mit den europäischen Demokratien entwickeln könnte: Ein demokratischer „common market“ und ein „pool“ politischer und gesellschaftlicher Erfahrung würden dem Entwicklungsgang der parlamentarischen Demokratie Kontinuität und Festigkeit verleihen, die ihre Zukunft verbürgten. Da, wo wir unser demokratisches Leben angefangen haben, und wie wir es angefangen haben, würden wir gerne weiter wirken, wenn nur die europäischen Demokratien uns nicht im Stiche lassen.

Politische Kultur und politische Entwicklung

Motive für die Ausarbeitung einer neuen Konzeption

Ende der fünfziger Jahre nahmen einige amerikanische Politikwissenschaftler, vor allem Gabriel Almond, Sidney Verba und Lucian Pye, ein großzügiges Forschungsprogramm in Angriff, dessen theoretischen Ansatz sie unter den Stichworten „politische Kultur“ und „politische Entwicklung“ zusammenfaßten¹⁾. Beide Formeln sind dabei komplementär aufeinander bezogen, wobei bestimmte Aspekte der Kultur als Funktion der politischen Entwicklung und Modernisierung eines Landes verstanden werden.

Im Zeichen dieses Ansatzes erschienen in der ersten Hälfte der sechziger Jahre rasch nacheinander eine Reihe von Studien, unter denen die „The Civic Culture“ von Almond/Verba und der von Pye/Verba herausgegebene Sammelband „Political Culture and Political Development“ mit Beiträgen u. a. über Japan, England, die Türkei, Indien, Italien, Äthiopien, Ägypten und die Bundesrepublik Deutschland herausragen.

Welche Absichten und Motive lagen der Ausarbeitung dieser in der Politikwissenschaft neuen Konzeption zugrunde? Die Anstöße kamen aus drei unterschiedlichen Bereichen.

Almond gelangte erstens zu der Ansicht, daß die strukturell-funktionalistische Systemtheorie und im weiteren Rahmen auch die vergleichende Politikwissenschaft sich bisher ausschließlich an den Begriffen Staat, Nation und Regierung orientiert habe und deshalb sich nicht aus der juristischen Betrachtungs-

weise und deren Dogmen habe lösen können. Auch die ergänzende Erforschung der Parteien und Verbände habe unter diesem Gesichtspunkt keinen entscheidenden Fortschritt gebracht. Das Phänomen Politik werde jedoch erst in einem weiteren Horizont als der Funktionsanalyse von staatlichen Institutionen und Parteien deutlich.

Zweitens kritisierte Almond, daß die Inhalte und Formen der nationalstaatlichen Betrachtungsweise in der Politikwissenschaft durch westliche Vorbilder geprägt seien und daher keineswegs ausreichten, um politische Systeme nicht-westlichen Charakters, z. B. sowjetische oder traditionalistische Asiens und Afrikas, zu erklären und zu beschreiben²⁾. In diesem Sinne bildete die Ausarbeitung der Konzeption von der politischen Kultur einen Versuch, die politischen Probleme der Dritten Welt von deren eigenen Kategorien her zu verstehen³⁾.

Drittens ging es um ein Umdenken in der amerikanischen Politikwissenschaft⁴⁾. Dieser

¹⁾ Dankwart Rustow, *New Horizons for Comparative Politics*, in: *Comparative Politics*, London 1963, S. 64.

²⁾ So auch Lucian W. Pye: „The concept of political culture thus suggests that the traditions of a society, the spirit of its public institutions, the passions and the collective reasoning of its citizenry, and the style and operating codes of its leaders are not just random products of historical experience but fit together as a part of a meaningful whole and constitute an intelligible web of relations.“ *Political Culture and Political Development*, S. 7.

³⁾ Es wuchs auch die Einsicht, daß die Kluft zwischen der behavioristischen Individualpsychologie und der makro-soziologischen Analyse unbedingt überbrückt werden müsse.

¹⁾ *Political Culture and Political Development*, ed. by Lucian W. Pye and Sidney Verba, Princeton 1965; Gabriel Almond, *The Civic Culture, Political Attitudes and Democracy in five Nations*, Princeton 1963.

Wandel beruhte auf der wachsenden Einsicht, daß die amerikanischen Staats- und Regierungsinstitutionen nicht ohne weiteres, also nicht ohne eingehende kulturelle Veränderungen, in Länder mit anderen Traditionen eingepflanzt werden könnten. Almond meint an einer Stelle, es genüge nicht, nur die äußeren Formen zu vermitteln, sondern das Erleben von Demokratie sei eine Sache der Haltung und des Fühlens.

Wie einschneidend dieser selbstkritische Reflexionsvorgang ist, wird deutlich, wenn man gegen die Arbeiten von Almond/Verba das Schrifttum der amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland hält, das ebenfalls unter Titeln wie „Politische Kultur“ oder „Politischer Fortschritt“ meist naiv die Überlegenheit und universale Anwendbarkeit von formalen Prinzipien amerikanischer Demokratie als Vorbild für die „Reeducation“ Deutschlands anpries⁵⁾.

Dieses Umdenken markiert jedoch nicht nur eine theoretische Weiterentwicklung der Politikwissenschaft, sondern es birgt auch praktische Aspekte in sich. Almond stellt in einem Aufsatz über „politische Systeme“ fest, die USA hätten ihre Interessen über die gesamte Welt hin ausgedehnt, und es ginge nicht mehr an, daß eine politische Krise in Indochi-

na oder Frankreich von ihnen nur noch wie in der Zeit des Isolationismus als eine kuriose Krankheit betrachtet würde⁶⁾. Die Autoren der „Politischen Kultur“ waren sich also auch über die Notwendigkeit einer Ausweitung des theoretisch-wissenschaftlichen Instrumentariums im Dienste der weltweiten Aufgaben ihres Landes bewußt, zumal es sich erwies, daß die Probleme der Entwicklungshilfe in den gerade entkolonialisierten Staaten Afrikas und Asiens eine größere Elastizität des Handelns erforderten als bisher. Andererseits wollten Almond und seine Mitarbeiter sich nicht damit begnügen, die jeweiligen politischen Systeme nur in ihrer geschichtlichen Individualität zu verstehen, sondern sie versuchten, einen Bezugsrahmen zu finden, innerhalb dessen die unterschiedlichen Kulturen vergleichbar gemacht werden konnten, denn erst der Vergleich erlaubt die Ausarbeitung von Handlungsmodellen.

Es geht hier also nicht um eine allgemeine Theorie der Kultur etwa im Sinne von Bronislaw Malinowski⁷⁾, auch nicht um ein neues System der Kulturwerte nach dem Vorbild von Heinrich Rickerts Anthropologie, sondern nur darum, politische Systeme in ihren kulturellen Horizont einzufügen und dessen Funktion für die vergleichende politische Theorie fruchtbar zu machen⁸⁾.

Der Begriff „Politische Kultur“

Almond lehnt sich beim ersten Schritt seiner Überlegungen an die strukturell-funktionalistische Systemtheorie an, wie sie David

Easton⁹⁾ vorgelegt hat. Eine Gesellschaft gliedert sich danach in zahlreiche Einheiten, welche durch die sie jeweils prägenden sozialen Rollen charakterisiert werden. Diese Ein-

⁵⁾ Vor allem die Vertreter der sogenannten Outlaw-Theorie in den US-Besatzungsbehörden Deutschlands sahen im Nationalsozialismus nur einen Abfall von der Moral und dem internationalen Recht, der auf der Basis demokratischer Institutionen wieder aufgehoben werden sollte. Das bedeutete eine formale Übertragung amerikanischer politischer Gewohnheiten und Einrichtungen ohne Abänderung der deutschen Traditionen. Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern, Frankfurt 1972*.

⁶⁾ Gabriel Almond, *The American People and Foreign Policy*, New York 1960, S. XII.

⁷⁾ Bronislaw Malinowski, *A Scientific Theory of Culture*, University of North Carolina Press 1944.

⁸⁾ Heinrich Rickert, *Grundprobleme der Philosophie*, Tübingen 1934, S. 157 ff. Die Konzeption ist auch nicht verwandt mit: Alfred Weber, *Kulturge-schichte als Kultursoziologie*, München 1951.

⁹⁾ David Easton, *A Framework for Political Analysis*, Eaglewood Cliffs 1965.

heiten stehen miteinander handelnd in Beziehung, in Interaktionen, die schon wegen der Konstanz der ihnen zugrunde liegenden Rollen als stabil angesehen werden müssen¹⁰⁾. Ein soziales System bezeichnet Almond dann als ein Ensemble von Rollen in Interaktion. Er ist der Überzeugung, daß das Rollenmodell anpassungsfähiger die politische Wirklichkeit beschreiben kann als die von ihm als statisch interpretierten Termini der Staats- und Regierungslehre und daß dadurch die Politikwissenschaft der Länder der Dritten Welt sich aus der Umklammerung der herkömmlichen Staatstheorie zu lösen vermöge. Im Unterschied zu Easton orientiert er sein System jedoch nicht an einem Idealzustand, sondern in realistischer Sicht nur an der Entwicklungsstufe des modernsten historisch gegebenen und empirisch beobachtbaren Systems.

Welche kulturellen Grundlagen bestimmen nun die Rollen der Handelnden in einem System? Im Anschluß an Almond definiert Verba in seinem Aufsatz „Comparative Political Culture“ Kultur als die Gesamtheit relativ konstanter Ansichten, Symbole und Werteschemata eines Volkes, auf denen das politische System beruht und die die Atmosphäre und Situation prägen, in denen politische Handlungen sich vollziehen¹¹⁾. Das politische System ist demnach eingebettet in be-

stimmte allgemeine Verhaltensmuster, die von Verba unter dem Begriff „basic belief systems“ zusammengefaßt werden. Diese „basic belief systems“ bestehen aus existentiellen Glaubenshaltungen, aus Normen, die die Verhaltensziele festlegen, Prinzipien, die die Mittel zur Erlangung dieser Ziele regulieren, sowie schließlich aus emotionalen Bindungen. Sie formen das Verhalten von Individuen gegenüber dem politischen Leben und bilden so ein System von Kontrollen über die politischen Interaktionen sowie die Grundlage politischer Ideologien. Politische Kultur eines Volkes bildet daher vor allem die Verbindung zwischen der Ebene der Entscheidungsinstanzen und den Individuen in ihrer Reaktion auf die Entscheidungen¹²⁾.

Kernstück der politischen Kultur sind also Grundüberzeugungen, die von den Mitgliedern einer Gemeinschaft als selbstverständlich anerkannt werden; jeder nimmt sie hin und meint, auch andere nähmen sie ebenso ohne Widerspruch hin. Diese Grundüberzeugungen schaffen und erhalten Vertrauen sowohl zwischen den Mitgliedern eines Volkes als auch eines jeden gegenüber der Regierung¹³⁾. Es

¹⁰⁾ Gabriel Almond, *The Functional Aspects of Political Systems*, in: *Comparative Government*, London 1969, S. 15; sowie: G. Almond und G. B. Powell, *The Political System*, in: *Comparative Government ...* S. 11.

¹¹⁾ Dieser Begriff ähnelt in manchem Edward B. Tylors Kulturbegriff: „Kultur ... ist jenes komplexe Ganze, das Kenntnisse, Glaubensvorstellungen, Künste, Sitten, Rechte, Gewohnheiten und jede andere Art von Fähigkeiten und Dauerbetätigungen umfaßt, die der Mensch als Mitglied einer Gesellschaft erwirbt“ (so im Vorwort zu „*Primitive Culture*“, London 1913). Verba verkürzt diesen Begriff jedoch nach den Notwendigkeiten seines politisch-theoretischen Interesses. Er übergeht dabei jedoch die Kritik, die seit den zwanziger Jahren gegen Tylor erhoben wurde. Hierzu: Leslie A. White, *Der Begriff Kultur*, in: *Kultur*, hrsg. von C. A. Schmitz, Frankfurt 1963, S. 359.

¹²⁾ Sidney Verba, *Comparative Political Culture*, in: *Political Culture and Political Development*, S. 513—517.

¹³⁾ Der Begriff ‚basic belief systems‘ stimmt auffallend mit dem Begriff ‚Basisgewohnheiten‘ von Arnold Gehlen überein: „Das so institutionalisierte Verhalten wird eben dadurch, daß es der Intervention des Bewußtseins entgleitet und sich ablagert, auch stabilisiert; es wird kritikfest und einwandimmun und so die Basis für ein höheres, auf ihm erwachsendes variables Verhalten ... Man kann diesen wichtigen Entlastungsvorgang, bei dem die Gewohnheitsbildung die Basis für ein höheres Verhalten legt, sogar bis in den bedingten Reflex hinein verfolgen.“ Arnold Gehlen, *Der Mensch*, Bonn 1955, S. 69 ff. Sowohl die ‚basic belief systems‘ als auch die ‚Basisgewohnheiten‘ stabilisieren gesellschaftliches Verhalten und verleihen dem Umgang der Menschen miteinander eine gewisse Kalkulierbarkeit. Allerdings bilden die ‚basic belief systems‘ Hindernisse für eine wirtschaftliche und politische Entwicklung, während die ‚Basisgewohnheiten‘ Entlastungsfunktionen beim kulturellen Fortschritt übernehmen. Hier wird also die Ambivalenz von herrschenden Wertssystemen deutlich.

handelt sich dabei also nicht um vordergründige, an aktuelle Interessen gebundene Ideologien und Programme, sondern um relativ feste Grundstrukturen, die ein System stabilisieren und die rationale Austragung von Konflikten erst ermöglichen¹⁴⁾.

Allerdings wird dieser Begriff von seinen Autoren unterschiedlich weit ausgelegt, Almond faßt ihn in seinem Buch „The Civic Culture“ eng. Ihn interessiert vor allem die Frage, welche Bedeutung die Mitglieder eines politischen Systems ihren nationalen und lokalen politischen Einrichtungen zu einem bestimmten Zeitpunkt beimessen¹⁵⁾. Verba dagegen vertritt eine weitere Konzeption; ihm geht es vor allem darum, auch die historischen Aspekte in den Griff zu bekommen und das jeweils gegebene Bündel der Grundüberzeugungen selbst wiederum zu erklären. Er sieht in den Grundüberzeugungen den Garant der Stabilität und Selbsterhaltung eines politischen Systems. Sind sie in einer Wandlung begriffen, dann ist auch mit Instabilität zu rechnen, was praktisch für den Politiker bedeutet, daß er in den Grundüberzeugungen einen Indikator zur Hand hat, der ihm die Krisenhaftigkeit von Gesellschaft und Politik eines Landes anzeigen kann¹⁶⁾. Wichtigste Funktion der Grundüberzeugungen ist so die Bildung oder Verhinderung von Identitätsgefühlen innerhalb eines Volkes; z. B. stellt La Palombara über Italien fest, daß die unterschiedlichen Kulturen zwischen dem Norden und dem Süden des Lande ein Hindernis für eine wirkliche Identifizierung der gesamten Bevölkerung mit dem in seiner Anlage demokratisch verfaßten Staat bedeuten¹⁷⁾. Oder

Pye weist an einer Stelle darauf hin, daß die Arbeiterbewegung in der Wilhelminischen Ära Deutschlands einen Keil in das Identitätsgefüge des Volkes mit dem Staat getrieben habe, der erst im „Burgfrieden“ von 1914 notdürftig beseitigt worden sei.

Identität¹⁸⁾ wird somit zu einem zentralen Terminus in der Konzeption der politischen Kultur. Im Sinne der Systemtheorie ist die Stabilität oder Instabilität eines Systems ein Ergebnis des Grades und der Intensität, mit denen sich ein Volk mit einem politischen Regime identifiziert. Dabei intendiert der Identitätsbegriff keine nationalistischen Gefühle nach außen, obgleich Nationalismen ein Bestandteil einer politischen Kultur sein können, sondern nur die Frage nach der Kohärenz und dem Bestand von politischen Systemen. Allerdings birgt dieser Ansatz eine Reihe von Problemen.

Kritik des Begriffs

Der Kulturbegriff wird erstens allzu einseitig auf die Nation als System bezogen. Ein solches Vorgehen stellt eine Vereinfachung dar, die zwar praktische Forschung durch Begrenzung des Gegenstandes erleichtert, aber doch auch den Blick für die Zusammenhänge der Supranationalität von Kulturen verstellt. Einige Autoren des Bandes „Political Culture and Political Development“ sind sich dieses Problems durchaus bewußt. Die meisten Arbeiten beschränken sich jedoch auf Nationalstaaten. Berücksichtigt man aber, daß die Instabilität zahlreicher Staaten gegenwärtig gerade von Einflüssen supranationaler Natur, etwa von dem Eindringen des Kommunismus oder Strömungen innerhalb der islamischen

¹⁴⁾ Lucian W. Pye, *Political Culture and Political Development*, S. 13. Die ‚basic belief systems‘ dienen hier ausdrücklich als die Grundlage von Ideologien und bestimmen deren Richtungen.

¹⁵⁾ Gabriel Almond, *The Civic Culture*, Princeton 1963.

¹⁶⁾ Andererseits aber können sie von Eliten auch zu Manipulationen in der Politik benutzt werden.

¹⁷⁾ Joseph La Palombara, *Italy: Fragmentation, Isolation and Alienation*, in: *Political Culture and Political Development*, S. 299 ff.

¹⁸⁾ Es handelt sich hierbei um einen sozialpsychologischen Begriff, der der Reflexion über die Probleme der segmentierten amerikanischen Gesellschaft entstammt. Insofern werden, wenn auch nicht unmittelbar, amerikanische Vorstellungen auf andere Kulturen übertragen.

Welt¹⁹⁾, abhängen, bedenkt man andererseits die engen Verflechtungen der Industrienationen etwa in der Europäischen Gemeinschaft, die trotz aller unterschiedlicher nationaler Kulturen doch relativ stabil und für die einzelnen Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung ist, dann erscheint mir die Beschränkung auf die Untersuchung von Nationalstaaten nicht unbedenklich, zumindest ein wenig veraltet. Systemtheoretisch gesehen sind bei dieser Konzeption das Problem der Grenzen des Systems und des Innen- und Außen-austausches noch nicht endgültig gelöst.

Zweitens erhebt sich die Frage nach der empirischen Erfassung der Grundüberzeugungen eines Volkes. Im „Civic Culture“ explizieren Almond und Verba ihre Methode. Sie greifen dabei auf die von Paul Lazarsfeld entwickelten Techniken der Analyse von Wahlverhalten zurück und versuchen sie für die vergleichende Betrachtung fruchtbar zu machen. Sie bedienen sich dabei vor allem standardisierter Interviews, die sie sorgfältig nach Bildung und sozialer Schichtung ausgewählten Personenkreisen in fünf Nationen, den USA, Großbritannien, Italien, der Bundesrepublik und Mexiko, vorlegten. Almond gibt aber zu, daß dieses Verfahren nicht ohne Probleme sei²⁰⁾. Zum einen ließen sich die in den Interviews zusammengestellten Fragen für die Befragten nicht vollkommen unmißverständlich übersetzen, da es sich bald herausstellte, daß die im Kontext eines Satzes mitschwingenden Assoziationen in den unterschiedlichen Kulturkreisen auch verschieden waren, zum anderen besitzen die in den Fragen angesprochenen Institutionen der einzelnen Länder einen oft kaum vergleichbaren Stellenwert im System. Zum Beispiel untersucht Almond die

¹⁹⁾ Hierzu gehört z. B. die Spannung zwischen dem Nationalismus der Staaten im arabischen Raum und dem Gedanken des Panarabertums (al-umma al-arabiyya) oder gar der panislamischen Gemeinschaft, mit der die Nationalstaaten Pakistan, Indonesien oder Türkei ebenfalls Führungsansprüche stellen. Louis Gardet, *L'Islam, Religion et Communauté*, Roermond 1970, S. 333 ff.

²⁰⁾ Gabriel Almond, *The Civic Culture*, S. 43 ff.

Haltung der Bevölkerung der oben genannten fünf Nationen hinsichtlich ihrer Einstellung gegenüber einer aktiven Teilnahme an der Gemeindepolitik. Seine Erhebungen ergaben, daß in den USA 51 % der Befragten, in Großbritannien 39 %, in der Bundesrepublik Deutschland 20 %, in Mexiko 20 % und in Italien 10 % eine solche Aktivität für erforderlich hielten²¹⁾. Aufgrund dessen deutet er vorsichtig an, daß die USA wohl das demokratisch stabilste Land seien, weil sie über ein reiches Gemeindeleben verfügten. Hier wird Demokratie an einem für die USA bezeichnenden Wertmaßstab gemessen, der für Länder mit anderer Geschichte und anderen Rechtstraditionen nicht ohne weiteres gültig ist. So haben seine Ergebnisse manchmal einen geringen Aussagewert, da bestimmte Verhaltensweisen und Einstellungen sowohl von den Grundüberzeugungen der Bevölkerung gegenüber dem Gesamtsystem als aber auch von der spezifischen Position etwa der Gemeinden innerhalb einer Staatsverwaltung abhängen können. Angenommen, die Bedeutung von Gemeinden ist gering und deshalb von der Bevölkerung auch gering eingeschätzt, so heißt das nicht unbedingt, daß deshalb die Stabilität der Demokratie eines Systems ebenfalls gering sein muß. Erst außerordentlich umfangreiche Kontrollbefragungen könnten hier Klarheit schaffen. Derart umfangreiche Befragungen benötigen jedoch einen hohen Zeitaufwand, so daß, wie Almond einräumt, die Zeitgleichheit der Interviews selten gegeben ist. Dies ist jedoch für den Vergleich erforderlich, um die aus historischer Fortentwicklung sich ergebenden Verzerrungen auszuschalten. Der Zeitfaktor bildet durchaus kein nebensächliches Problem, da die Konzeption der politischen Kultur weltweit angelegt ist und somit in der methodischen Ausführung vor erheblichen technischen Aufgaben steht.

Drittens ist zu bedenken, daß Identifizierung oder Nichtidentifizierung von Individuen oder

²¹⁾ Ebenfalls Gabriel Almond, *The Civic Culture*, S. 176.

Gruppen mit ihrem politischen System durchaus nicht nur den „basic belief systems“ entspringt, sondern vielmehr auch wirtschaftlichen und machtpolitischen Gegensätzen. Erst die wechselseitige Abhängigkeit von Grundüberzeugungen und ökonomisch-politischen Faktoren, die überdies meist auch außerhalb eines Systems liegen können, macht

Der Begriff „Politische Entwicklung“

Bisher gingen die Betrachtungen von einem weitgehend statisch gefaßten Systembegriff aus. Nun muß die historische Dimension, die in der Konzeption von der politischen Kultur liegt, nämlich „politische Entwicklung“, miteinbezogen werden. Verba ist überzeugt, daß politische Entwicklung vom jeweiligen Stand einer Kultur abhängt. Traditionalistische Grundüberzeugungen halten demnach die Modernisierung eines Landes auf und erst deren Überwindung gibt den Weg für ein demokratisches System frei. Ja, Verba sieht die Auflösung veralteter politischer Kulturen, wie sie etwa in Indien oder Ägypten bewußt angestrebt wird, als eine der Hauptaufgaben politischer Systeme an. Nach welchen Kriterien soll sich nun politische Entwicklung vollziehen? Verba nennt vier.

1. Der Wandel vom Untertanenstatus des einzelnen Individuums zum aktiven Staatsbürger mit Einsicht in die Notwendigkeit der Teilnahme am öffentlichen Leben und mit Gefühl für die Prinzipien der Gleichheit und Anerkennung allgemeingültiger Regeln und Gesetze.
2. Die Fähigkeit eines Systems, die öffentlichen Angelegenheiten zu regeln, Konflikte zu kontrollieren und mit den Ansprüchen der Bürger zurechtzukommen.
3. Die wachsende strukturelle Aufgliederung eines sozialen Systems sowie die zunehmende Leistungs- und Anpassungsfähigkeit

²²⁾ Hier tauchen Gedanken David Eastons auf.

dessen Stabilität aus. Die Weimarer Republik bietet ein gutes Beispiel für das Ineinandergreifen dieser Zusammenhänge. Allerdings können in der Tat die in einer politischen und wirtschaftlichen Krise auftretenden Veränderungen der Grundüberzeugungen ein brauchbarer Indikator für die Tiefe und das Ausmaß der Krise sein und einen sich anbahnenden Strukturwandel deutlich werden lassen.

seiner Funktionsträger gegenüber den Anforderungen seiner Mitglieder und der Umwelt, ohne daß durch diesen Differenzierungsprozeß die Homogenität unter den Beteiligten verlorengelange, und

4. eine Säkularisierung der Politik, in deren Verlauf die Menschen ihre Probleme rational, analytisch und empirisch zu lösen lernen²³⁾.

Die Logik dieses Katalogs orientiert sich offensichtlich am Vorbild westlicher Industrienationen mit ihrem hohen Grad der Arbeitsteilung in Verwaltung und im intermediären Bereich der Politik, den Parteien und Verbänden, ferner mit ihrer Fähigkeit, die elementaren Bedürfnisse der Bürger zu befriedigen, ja dem Bürger, wie in der Bundesrepublik, sogar einen rechtlichen Anspruch auf Versorgung und Bildung zuzuweisen, und schließlich der Ausdehnung der egalitären Gesinnung. In der Tat kommt in einem so arbeitsteiligen und auf politische Gleichheit angelegten System der freiwilligen, auf gemeinsamen Grundüberzeugungen beruhenden Identifikation der Bürger mit dem Staat und den Mitbürgern eine entscheidende Bedeutung zu. Das Gegenteil bilden die traditionalistischen Systeme der Dritten Welt, bei Almond auch als „parochiale“ (z. B. die in Stämme, Clans, Kasten oder Familien zergliederten Gesellschaften, wie sie noch in Afrika oder Asien vorkommen) be-

²³⁾ Lucian W. Pye, *Political Culture and Political Development*, S. 13.

zeichnet²⁴⁾. Sie werden charakterisiert durch eine weite Kluft zwischen den in heterogenen und in diffusen sozialen Ordnungen lebenden Untertanen und der Führung sowie durch die relativ wenigen Aufgaben, die die Regierung gegenüber den Untertanen erfüllt²⁵⁾. Unter diesem Aspekt betrachtet Dankwart Rustow die osmanische Türkei vor den Reformen des 19. und 20. Jahrhunderts. Zur Verdeutlichung möchte ich auf dieses Beispiel näher eingehen.

Die Organisation des Staates (devlet) war demnach im Prinzip zweigliedrig. Sie zerfiel in die Oberschicht der Osmanen mit dem Padischah an der Spitze und die Masse der Untertanen (rayya), deren Angehörige im wesentlichen als Sklaven des Padischah betrachtet wurden. Den Untertanen stand es jedoch frei, in den Bereichen des Lebens, die nicht zum Staatsapparat gehörten, ihre Gemeinschaft (millet) zu gestalten. Die Vermittlung zwischen Führung und Gemeinschaften fiel den Oberhäuptern der milletler zu, dem Seyh ül-islam für die Muselmanen, dem Patriarchen für die orthodoxen Christen und dem Rabbiner (haham başı) für die Juden. Der einzelne Untertan war dem Staat nicht unmittelbar verantwortlich, und er konnte auch an ihm keinen Anteil nehmen, es sei denn, er stieg über das Devşirme-System in die Schicht der Osmanen auf. Er war integriert in eine Gemeinschaft, die zahlreiche Funktionen wahrnahm, welche in einem modernen politischen System der staatlichen Verwaltung zukommen: Erziehung, öffentliche Ordnung, Rechtspflege, Gesundheitswesen und Steuereintreibung²⁶⁾. Den Untertanen fehlte vor allem ein Identitätsbewußtsein mit dem Staat; in weiten

Kreisen herrschten vielmehr Mißtrauen oder Gleichgültigkeit gegenüber den öffentlichen Institutionen. Besonders kraß waren die Verhältnisse in Ägypten, wo die Herrschaft des Sultans mit Beginn des 19. Jahrhunderts ständig abnahm²⁷⁾.

Die Konzeption der politischen Kultur und politischen Entwicklung konzentriert sich somit auf die Frage, wie es gelingt, einen desintegrierten Staat, der den Anforderungen demokratischer Prinzipien und nationaler Wohlfahrt nicht gewachsen ist, auf eine höhere Stufe zu stellen und den von Pye angegebenen Modernitätskriterien anzupassen. Dabei kommt es auf zweierlei an: Zum einen, daß in den entsprechenden Ländern sich nach dem Maßstab der angegebenen Kriterien nationale Eliten bilden, die bereit sind, nach und nach den Partikularismus in den „basic belief systems“ zu beseitigen, und zum anderen, daß Erziehungsprozesse innerhalb der Familien, Dörfer und Clans in Gang gebracht werden, wozu vor allem der Abbau patriarchalischer Familienstrukturen bei gleichzeitiger Auflösung der Großfamilien als Wirtschaftseinheit gehört, um so überhaupt die aktive Persönlichkeit freizusetzen. Das Endergebnis soll dann nach Almond/Verba eine „rational activist-culture“ sein, in der die demokratische Imprägnation über das nur informierte und zweckrationale Verhalten einer reinen „civic culture“ hinausgeht. Die „rational activist-culture“ manifestiert sich im Stolz der Bevölkerung auf ihre politischen Einrichtungen, während eine „civic culture“ zwar den demokratischen Staat akzeptiert, ihren Stolz jedoch eher den wirtschaftlichen oder künstlerischen Leistungen zuwendet. Nach dieser Konzeption soll sich also die politische Entwicklung in drei Phasen vom parochialen System zur „civic culture“ und auf der höchsten Stufe zur „rational activist-culture“ vollziehen²⁸⁾.

²⁴⁾ Gabriel Almond, *The Civic Culture*, S. 23.

²⁵⁾ Diese zugespitzte Betrachtungsweise ist nur möglich, wenn man als Vergleichsmaßstab die bürokratisch straff organisierten Staaten der Industrienationen im Auge hat. Zu diesem Problem auch: Joseph La Palombara, *Bureaucracy and Political Development*, Princeton 1963.

²⁶⁾ Stanford J. Shaw, *Das osmanische Reich und die moderne Türkei*, in: *Der Islam. Die islamischen Reiche nach dem Fall von Konstantinopel*, Frankfurt 1971, S. 87 ff.

²⁷⁾ Afaf Lutfi al-Sayyid Marsot, *Die ostarabische Welt von Ägypten bis zum Irak ausschließlich des Sudan*, in: *Der Islam*, S. 325.

²⁸⁾ Gabriel Almond, *The Civic Culture*, S. 12, sowie: Sidney Verba, *The Remaking of Political Culture*, in: *Political Culture and Political Development*, S. 133.

1. Dieser Aspekt des Ansatzes der „Politischen Entwicklung“ birgt ebenfalls einige Probleme. Mit der Einführung der notwendig historischen Betrachtungsweise reicht die von Almond/Verba in „The Civic Culture“ angewendete Methode der empirischen Datenerhebung durch Interviews nicht aus. Einerseits liegt für die Vergangenheit kein adäquates statistisches Material vor, ja es fehlt sogar dort, wo politische Systeme schon einen gewissen Modernitätsgrad erreicht haben, zum anderen werfen gerade in den sich entwickelnden Gesellschaften, in denen sich heimisches und westliches Denken mischt, die Befragungen nicht unerhebliche semantische Probleme auf. So kann z. B. das indonesische Wort für Individuum, „peribadi“, das in diesem Zusammenhang durchaus wichtig ist, einerseits zwischen den älteren Bedeutungen „allein“ und oft in mythischem Sinne „selbst“ und Individuum im europäischen Sinne andererseits schwanken, je nachdem, wer es verwendet. Die Sprachen der sich gegenwärtig modernisierenden Völker sind in einem raschen Wandel begriffen, so daß heute noch gültige Erhebungsergebnisse schon in wenigen Jahren überholt sein und mit erneut angestellten Befragungen nicht mehr unbedingt verglichen werden können. So verzichten die meisten Autoren des Bandes „Political Culture and Political Development“ auf Befragungen und bedienen sich statt dessen der Interpretation historischer Quellen oder der Analyse von Wahlen und Statistiken der nationalen Verwaltungen. Sie unterliegen hier gewissen methodischen Schwankungen, die zwar die angestrebte Präzision des ursprünglichen Ansatzes einschränken, dennoch nicht unfruchtbar sind.

2. Probleme wirft auch der Katalog der Modernitätskriterien auf. Seine augenfällige Betonung des aktiven, autonomen Bürgers, der seine Persönlichkeit durch Teilnahme z. B. an politischen Parteien, Vereinen und Verbänden entfaltet, weist auf die „politische Kultur“ und Anthropologie der USA hin, die damit als

Vorbild dieser Konzeption und als systemtheoretisches Bezugskriterium hoher Modernität dient. Angesichts dessen erhebt sich aber die Frage, ob einerseits das Wertsystem der USA tatsächlich vorbildlich sein muß und andererseits, ob die daraus abgeleiteten Modernitätskriterien für den kulturellen Wandel anderer Länder maßgeblich sind. Unter diesem Gesichtspunkt besitzt der Katalog vor allem nur einen heuristischen Wert für die Feststellung von Veränderungen. Denn es gibt immerhin Versuche in Afrika²⁹⁾ und Asien, die unter Einbeziehung heimischer Traditionen die politischen Probleme der Gegenwart bewältigen wollen.

3. Die schwersten Bedenken freilich liegen im systemtheoretischen Ansatz. Er beschränkt sich in seiner Zielsetzung im wesentlichen auf Integration und Desintegration, also auf die Stabilität eines politischen Regimes, wobei Konflikte als Dysfunktionen aufgefaßt werden. Stanley Hoffmann bemerkt dazu, daß der Status quo so leicht zum empirischen und normativen Angelpunkt der strukturell funktionalistischen Systemtheorie wird³⁰⁾. Es wird eben nicht mehr gefragt, wozu ein modernes System existiert und ob nicht Konflikte doch notwendig sind, um es am Leben zu erhalten und zu entwickeln. Bedenkt man andererseits aber, daß Almond bei der Ausarbeitung seiner Konzeption als eines seiner Motive auch die weltweiten Interessen der USA zugrunde legte und daß in diesem Zusammenhang die Krisenhaftigkeit bestimmter Länder als Problem der USA betrachtet wurde, dann paßt das Stabilitätsdenken dieses systemtheoretischen Ansatzes durchaus in

²⁹⁾ So in Lybien, Algerien und Tansania. (In Tansania z. B. wurden bis jetzt 4 400 sogenannte „Ujamaa“-Dörfer gegründet. „Ujamaa“ bedeutet die Verpflichtung, für alle zu arbeiten. Der Begriff beruht auf traditionellen, freilich im wesentlichen auf die Familie zugeschnittenen Vorstellungen innerhalb der ostafrikanischen Gesellschaft.)

³⁰⁾ Stanley Hoffmann, *International Relations, The long Road to Theory*, in: *Die Lehre von den internationalen Beziehungen*, Darmstadt 1968, S. 255 ff.

bestimmte Bereiche des außenpolitischen Kalküls der Vereinigten Staaten.

Bei aller Kritik an der einseitig nationalstaatlichen Betrachtungsweise der Kultur und dem Stabilitätsdenken, das freilich überwunden werden kann, besitzt die Beschäftigung mit der Funktion der politischen Kultur für ein politisches System doch einen erheblichen theoretischen Wert für die Erforschung politischer Entwicklungen. Nur genügt es nicht,

sich auf die von Almond vertretene engere Fassung des Begriffes zu beschränken, sondern man sollte einerseits den weiteren Aspekt, wie ihn Verba darstellt, aufgreifen und entfalten, wozu vor allem die Frage nach den Prämissen der Grundüberzeugungen gehört, also das epistemologische Denken in einer Kultur, und andererseits den supranationalen Charakter von Kulturen weiter in den Vordergrund rücken, ohne jedoch den nationalen zu vernachlässigen.

Ossip K. Flechthelm: Haben die Parteien noch eine Zukunft?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/74, S. 3—14

Ausgehend von der Kritik von Karl Marx und Constantin Frantz an den territorialstaatlich begrenzten Parteien von heute kontrastiert der Verfasser diese mit dem Typus einer überstaatlichen Partei der Zukunft. Bei den heutigen Parteien überwiegt sowohl was die Binnenstruktur anlangt wie angesichts ihrer Verflechtung mit dem Staat das tagespolitisch orientierte Sonderinteresse. Es kommt darauf an, dem langfristigen Universalinteresse des homo integralis auch in den Parteien zum Durchbruch zu verhelfen. Die Demokratisierung der Großparteien wie die Neubildung von Kleinparteien mag hierzu beitragen.

Schlomo Na'aman: Jüdische und israelische Gesellschaftsstrukturen in ihrer europäischen Verbundenheit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/74, S. 14—20

Die tiefgehende Europaverbundenheit, die das zahlenmäßig so schwache jüdische Palästina gegenüber Europa in den dreißiger Jahren und während des Zweiten Weltkrieges bezeugte (Bürgerkrieg in Österreich und Spanien, die Krisen der Tschechoslowakei und Polens, Englands im Bombenkrieg und der Widerstand in den durch Hitler eroberten Staaten) ist nicht nur gesinnungsmäßig, sondern auch durch die demokratische Struktur der Gesellschaft des damaligen jüdischen Palästina (demokratische Selbstwehr, auf Freiwilligkeit gründende Nationalvertretung, Genossenschaftsbewegung, Kibbuzim, Gewerkschaften) bestimmt. Die tiefgehende Durchdringung des gesamten Gesellschaftsaufbaus mit demokratischen Vorstellungen hat sich auch im jungen Staat Israel vollkommen durchgesetzt und es ermöglicht, die patriarchalisch konstituierten Gruppen orientalischer Juden zum Parlamentarismus zu erziehen.

Sozialgeschichtlich ist die Frage zu stellen, wie es kam, daß Juden aus dem despotisch regierten Zarenreich, die das Hauptkontingent der zionistischen Neueinwanderer stellten, sich demokratisch organisierten, wo sie doch subjektiv von autoritären Ideologien der russischen Revolutionsbewegung beeinflußt waren. Die Antwort ist in dem bestimmenden Einfluß der jüdischen Gemeinde zu sehen, die in den europäischen Ländern von Anbeginn republikanisch organisiert war und sich im 19. Jahrhundert auch demokratischen Vorstellungen öffnete.

Die jüdische Gemeinde ist niemals nur eine Religionsgemeinschaft gewesen, sondern ebenso wie die europäische Stadtgemeinde, deren Zwillingsbruder sie ist, ein ausgebauter sozialer Organismus (Gilden, Klubs, Lehranstalten, soziale Kassen und Hilfswerke). Sie ist für die osteuropäischen Juden, selbst wenn sie jede religiöse Bindung abgestreift hatten, das Bindeglied zur Außenwelt geblieben, und von ihrer sozialen und politischen Struktur haben die jungen revolutionären Zionisten, selbst wenn es ihrer politischen Einstellung durchaus nicht entsprach, die entscheidenden Impulse empfangen. Die jüdische Gemeinde, deren Habitus sich nur aus der Gesellschaftssphäre der europäischen Stadt erklärt, ist der integrierende Faktor in der Entwicklung der neuen jüdischen Gesellschaft in Israel geworden; in ihr verkörpert sich die Europaverbundenheit des jungen Staates, die heute infolge des opportunistischen Abrückens Europas von Israel einer so harten Prüfung ausgesetzt ist. Zu hoffen bleibt, daß dieser Opportunismus einer Neubewertung weichen wird.

Peter Hüttenberger: Politische Kultur und politische Entwicklung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/74, S. 21—29

Die zu Beginn der sechziger Jahre in erster Linie von Almond, Verba und Pye ausgearbeitete Konzeption der politischen Kultur soll die bislang vorherrschende staatsrechtliche Betrachtungsweise in der Politikwissenschaft überwinden helfen, mikro-soziologische mit makro-soziologischen Forschungsergebnissen verbinden und Vorgänge innerhalb der neuen Staaten der Dritten Welt aus sich selbst heraus erklären. Sie greift dabei vor allem das Problem des Zusammenhanges zwischen Führungsschichten und Bevölkerung in parochialen Kulturen auf und sucht nach Mitteln, mit deren Hilfe apolitische soziale Schichten lernen können, sich mit ihrer Nation zu identifizieren, ihre Interessen selbst zu vertreten und den Staat gemeinsam zu gestalten. Politische Kultur wird somit als Faktor für den wirtschaftlichen Fortschritt und die politische Entwicklung eines Landes gesehen.

Die Konzeption läßt allerdings auch Bedenken aufkommen. Zum einen stellt sie zu sehr die Frage nach der Stabilität, also dem Status quo eines Staates in den Vordergrund und zum anderen neigt sie dazu, den Kulturbegriff auf eine nationale Sichtweise zu verengen.